

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

30.9.1931 (No. 271)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1756

Geschäftsführer und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. Gg. Brünner; für den literarischen, kulturellen u. Sport: Fred Hees; für den künstlerischen u. „Pyramide“: Karl Jodo; für Musik: A. Rudolph; für Anzeigen: D. Schreier. **Karlsruhe**, Karl-Friedrich-Str. 6. **Verantwortlich für den Inhalt:** Dr. Gg. Brünner. **Berlin**, Poststr. 11 bis 12. **Verlag:** B. Pfeiffer, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 68. **Telefon:** 2, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21. **Vertrieb:** durch den Verleger. **Druck:** B. Pfeiffer, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 68. **Verlag:** Concordia-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. **Geschäftsführer:** Kaiserstraße 208 und Karl-Friedrich-Str. 6. **Vertrieb:** 18, 19, 20, 21. **Postfach:** Karlsruhe 9947.

Beschleunigte Beratung des Winterprogramms

In vollen Eilen.

Der Reichspräsident empfing am Montag den aus Berlin scheidenden badischen Gesandten Dr. Honold zu einer Abschiedsaudienz.

Die führenden deutschen Wirtschaftsverbände erlassen eine gemeinsame Erklärung, in der von der Reichsregierung die Beschleunigung eines klaren Weges zugunsten des individualistischen Wirtschaftssystems gefordert wird.

Die Reichspost hat am Dienstag den Lohnsatz für die Arbeiter im Bereich der Deutschen Reichspost zum 31. Oktober gekündigt.

Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand haben nach zehntägigem Aufenthalt in der deutschen Reichshauptstadt am Dienstag früh Berlin wieder verlassen. Im Büropalast des Bahnhofs Friedrichstraße unterhielten sich Reichskanzler Brüning und Reichsaussenminister Curtius, die ihre Gäste vom Hotel abgeholt hatten, noch längere Zeit mit den französischen Ministern.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Dienstag die Abgeordneten Seydewitz und Dr. Rosenfeld aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgt, weil Seydewitz und Rosenfeld als die Gesellschafter der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., die die Wochenschrift „Die Fackel“ herausgibt, sich geweigert haben, entsprechend dem Beschluß des Parteiausschusses vom 22. d. M. ihre Tätigkeit einzustellen.

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 ist wegen Beschimpfung eines leitenden Beamten des Staates die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ mit Wirkung vom Dienstag auf die Dauer von drei Wochen verboten worden.

In der gestrigen Sitzung der diesjährigen 12. ordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes wurde einstimmig die Entschließung über den Rüstungsstillstand angenommen.

Die hgaer deutsche Diktirische ist jetzt durch Notverordnung der tschechischen Regierung entsetzt worden.

Die deutschen Ozeanflieger Rody und Johannes wurden am Montag im New Yorker Rathaus feierlich empfangen. Eine große Menschenmenge begrüßte die Flieger mit lebhaften Hochrufen.

Nach einer Mitteilung des Luftschiffbauers Zeppelin hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seit seiner Indienststellung einschließlich seiner beiden großen Südamerikafahrten 323 Fahrten ausgeführt und dabei in 3309 Stunden 325 912 Flugkilometer zurückgelegt.

Nach einer amtlichen japanischen Meldung aus Charkow hat sich in Kirin eine Provinzregierung gebildet, die sich bereit erklärt hat, mit der japanischen Regierung Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Vertreter der Provinzregierung sollen nach Japan unterwegs sein.

Nach einer Meldung aus Nanjing hat die Polizei sechs chinesische Studenten verhaftet, die an dem Ueberfall auf den chinesischen Außenminister Dr. Wang beteiligt waren. Die festgenommenen Studenten erklärten, sie hätten aus patriotischen Gründen gehandelt. Pressemeldungen zufolge hat sich der Zustand des verwundeten Außenministers wesentlich gebessert.

* Näheres siehe unten.

Wiggin für Sofortaktion

auf Grund des Layton-Berichts.
11. New York, 29. Sept.
Der Präsident des Verwaltungsrates der Chase Nationalbank in New York, Wiggin, der dem Valer Finanzfachverständigenausschuss vorschlag, erklärte nach seiner Rückkehr aus Europa, es sei schleunigt eine Aktion auf der Grundlage des vom Sachverständigenausschuss angenommenen Layton-Berichts notwendig. Nur so könne die Weltwirtschaft wieder in Gang gebracht werden. Amerikas wirtschaftliches Wohlergehen hänge von der Kaufkraft Europas ab.

Aussprache mit Curtius zurückgestellt Pläne zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung

Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.

W. Pf. Berlin, 29. Sept.

Der Reichspräsident hat am Dienstag den Reichskanzler Dr. Brüning zu einem Bericht über den Besuch der französischen Minister in Berlin empfangen. Gleichzeitig hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten über den Stand der Arbeiten des Reichskabinetts Bericht erstattet. Der Reichsaussenminister Dr. Curtius hat gleichzeitig die Botschafter und Gesandten verschiedener Mächte empfangen, die an den deutsch-französischen Verhandlungen interessiert sind, und sie über die Einleitung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses und den Arbeitsplan dieses Ausschusses unterrichtet.

Das Reichskabinettsamt ist am Nachmittag zusammengetreten, um die wirtschaftspolitischen Beratungen fortzusetzen. Der Kanzler beabsichtigt annehmend, zugunsten einer raschen Erledigung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Aussprache im Kabinettsamt über die Völkerverständigung zurückzustellen. Er will damit zweifellos verhindern, den Konflikt, der bei der Aussprache im Kabinettsamt über die Außenpolitik entstehen könnte, zu vertagen, bis die Stimmung für den Reichsaussenminister wieder etwas akzeptabler geworden ist. Jedenfalls will das Reichskabinettsamt in beschleunigter Weise die durch den französischen Besuch unterbrochenen Beratungen über die Notverordnung beenden.

Ein wichtiger Fragenkomplex war bei den heutigen Beratungen des Kabinetts die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Das Defizit der Reichsversicherungsanstalt wird sich bei einer Arbeitslosenzahl von 7 Millionen auf 320-330 Millionen Reichsmark belaufen. Man will zunächst etwa 50 Millionen dadurch einsparen, daß man die Versicherungsätze auf die Höhe der Krisenfürsorge senkt. Weiter ist vorgesehen, die Dauer der Unterbringung von 26 auf 18 Wochen herabzusetzen. Dadurch würde der Aufwand der Anstalt um etwa 90 Prozent vermindert werden. Durch die Verkürzung der Unterbringungsdauer tritt jedoch nur eine

Verschiebung ein, da die Arbeitslosen um so schneller in die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtsfürsorge kommen. Die Gemeinden müssen infolgedessen eine weitere Entlastung durch das Reich erfahren. Zum Ausgleich der Wohlfahrtslasten der Gemeinden hat das Reich bereits beschlossen, den 60-Millionen-Fond für die Unterbringung der Gemeinden auf 20 Millionen zu erhöhen. Die Hälfte dieser Summe soll in Form von Dotationsfonds zur Verfügung gestellt werden, während die andere Hälfte nach der sogenannten überdurchschnittlichen Belastung an die Kommunen verteilt wird. Das bedeutet, daß die überdurchschnittlich belasteten Gemeinden entsprechend größere Zuweisungen erhalten. Auch in der Krisenfürsorge werden gewisse Ersparnisse gemacht werden müssen. So wird man wahrscheinlich eine stärkere Bedarfsprüfung einführen.

Weiter beschäftigen sich dieser Tage die Reichsregierung mit einem Entwurf einer kommunalen Umschuldung. Dieser Entwurf sieht eine Umschuldungsschuldner wie die Gläubiger wenden sollen. Ein Teil der Schulden der Gemeinden soll in Ratenzahlungen abgezahlt werden, die über mehrere Jahre reichen. Für den Rest sollen den Gläubigern Obligationen angeboten werden, die von einem Konsortium unter Führung der Girozentrale ausgegeben werden.

Zwischen dem Reichsarbeitsminister Stegerwald und den Führern der drei gemerkchaftlichen Spitzenorganisationen hat heute eine Besprechung über die aktuellen sozialpolitischen Fragen stattgefunden. Dabei wurden im besonderen die finanziellen Schwierigkeiten in der Sozialversicherung erörtert. In dieser Besprechung haben die Generalsekretäre der Arbeitsminister darauf aufmerksam gemacht, daß die Milderung oder gar die Beseitigung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge von der deutschen Arbeitnehmererschaft unter keinen Umständen hingenommen werden könnten.

Das Hochwasser in Schlesien.

Drei Todesopfer. — Große Schäden.

3. Breslau, 28. Sept.
Oder und Neiße führen seit Tagen starkes Hochwasser, das noch ständig im Steigen begriffen ist. In Neiße wurde erheblicher Schaden durch den Einsturz einer im Bau befindlichen Betonbrücke angerichtet, die von den Fluten völlig zerstört wurde. In der Nähe der Ortschaft Würben im Kreise Schweidnitz sind zwei junge Wasserportler aus Waldenburg, die Brüder Herden, im Hochwasser der Weichritz ertrunken. Sie hatten zusammen mit einer Gesellschaft anderer Wasserportler in Fabelbooten eine Fahrt von Schweidnitz aus die Weichritz stromabwärts angetreten. In dem reißenden Hochwasser gerieten die Brüder Herden mit ihrem Fahrzeug in einen Strudel. Die beiden Insassen führten ins Wasser und wurden von der Strömung weggetrieben. Obwohl man ihnen Rettungsröhre zuwarf, ertranken sie. Ein weiteres Todesopfer forderte das Hochwasser in der Ortschaft Kleppelsdorf. Hier war das zweijährige Kind des Landwirts Reuner in den hoch angeschwollenen Dorfbach gestürzt und ertrank, ehe Hilfe gebracht wurde.

Die ständigen Niederschläge der letzten Zeit haben die Oder-Dämme durchweicht, auch herrscht seit Tagen ein recht kräftiger Wind, der auf der stark verbreiterten Oder einen hohen Wellengang erzeugt, was die Gefahr von Deichbrüchen näher rückt. Infolge der außerordentlich großen Wassermengen, die die Neiße der Oder zuführt, ist sie oberhalb Brieg teilweise zu einem Strom von mehr als zwei Kilometer Breite angewachsen. Weiße Wiesenflächen stehen unter Wasser. Unterhalb Brieg breiten sich mit dem Näherfluten der Hochwasserwelle die Ueberschwemmungen von Stunde zu Stunde weiter aus. Deichwachen sind ausgeschickt, die Hand in Hand mit der Technischen Hochschule schnelle Stellen der Dämme durch Sandfächer und Faschinen zu schützen suchen.

Am Dienstag mittag hat der Scheitel der Hochwasserwelle Breslau erreicht. Die östlichen und südlichen Außenbezirke der Stadt sind zum Teil erheblich unter Wasser gesetzt. Einige Ortschaften sind nur noch mit Känen zu erreichen. Die Ueberschwemmung ging so rasch vor sich, daß Bewohner verschiedener Ortschaften, die am Morgen auf dem Wege zur Stadt noch die trockenen Straßen benutzten, im Laufe des Nachmittags bereits auf Känen in ihre Dörfer zurückgebracht werden mußten. Ueber die Größe des durch den Wassereinbruch verursachten Schadens lassen sich vorläufig noch keine Angaben machen.



Karte des Ueberschwemmungsgebiets.



Eine von den Fluten zerstörte Brücke in Neiße.

ausgebildete Schenker genügt nicht, um die Dinge wieder auf das normale Gleis zu bringen. Hätten die französischen Staatsmänner der deutschen Regierung schon jetzt die Zustimmung gegeben, daß Frankreich für die Verhängung des Abkommens eintreten würde, so wäre damit schon viel gewonnen. Dagegen wäre Deutschland gar nicht damit bedient, wenn Frankreich diese Frage erst aufzurufen zu einem Zeitpunkt, in dem die Lösung dringender ist, und wenn dann der Versuch gemacht würde, für eine günstige Lösung Zugeständnisse zu erzwingen. Diese Methode würde sehr stark an die Art und Weise erinnern, wie die Kolonien durch finanzielle Druckmittel aus der Welt geschafft worden ist.

Während der Berliner Besprechung sind von den französischen Staatsmännern keine politischen Forderungen gestellt worden. Es ist aber auf die Dauer nichts damit gewonnen, daß man solche Forderungen nur bis zu einem günstigeren Augenblick aufschubt. Die einzige mögliche Atmosphäre für eine deutsch-französische Zusammenarbeit ist nur dann vorhanden, wenn auch mutig die schwebenden politischen Kräfte in Anruf genommen und bereinigt werden. Solange dies nicht erreicht ist, wird die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung immer wieder auf Hindernisse stoßen.

„Erster Markstein des guten Willens“

Das Berliner Ergebnis im Spiegel der französischen Presse.

(-) Paris, 29. Sept.
Die Pariser Mäler widmen den Bericht aus Berlin über den letzten Tag des Besuchs und ganz besonders natürlich über die Bildung des deutsch-französischen Ausschusses lebhaftes Interesse. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt in Uebereinstimmung mit den übrigen Korrespondenten der großen Mäler, daß der Ausgang und die Unterscheidung zwischen zu hoch gespannten Wünschen und den Möglichkeiten der Stunde, zwischen trennenden Problemen und verbindlichen Interessen sich durch die Schaffung von Klarheit und durch Vernunft fast von selbst vollziehen hätten. Die Bildung des gemeinsamen Ausschusses, dem ein weites Wirkungsfeld gegeben sei, bedeute den ersten Markstein des guten Willens. Mehr habe nicht geschehen können. Das Mehr sei die Aufgabe der Zukunft und werde davon abhängen, was Deutschland wollen und können werde. Das wichtigste sei vielleicht, daß man sich über die Fragen, die heute noch nicht geregelt werden könnten, offen ausgesprochen habe und daß man das Studium dieses Problems gemeinsam fortsetzen werde.

Danktelegramm Lavals und Briands.

(-) Berlin, 29. Sept.
Der französische Ministerpräsident Laval und der französische Außenminister Briand haben ausachen an den Reichskanzler und den Reichsaußenminister das folgende gemeinsame Telegramm gerichtet: „Wir möchten Deutschland nicht verlassen, ohne Ihnen für den Empfang, den Sie uns bereitet haben, wie auch für die Aufnahme durch die Bevölkerung unserer Dank auszusprechen. Im Laufe unserer Unterredungen haben wir für die Annäherung unserer beiden Länder gearbeitet. Wir wollen aufrichtig dahin streben, daß unser gemeinsames Werk von einem vollen Erfolg gekrönt werde.“

Schulstreik in Berlin.

Berlin, 29. Sept.
In zwei Berliner Schulen ist es am Dienstag als Protest gegen die von der Stadt auf dem Gebiet des Schulwesens durchgeführten Sparmaßnahmen zu Schulstreiks gekommen. In der

Gemeinschaft in der Markstraße sind von rund 1200 Kindern 1150 heute nicht zum Unterricht erschienen. Der Grund ist darin zu suchen, daß zwei Klassen dieser Schule nach einer anderen Gemeinschaft verlegt werden sollten, weil ihre Schülerzahl nur noch gering ist. Bei der zweiten Schule, in der gestreift wird, handelt es sich um eine Hilfsschule in der Seestraße mit ungefähr 100 Kindern, die sämtlich dem Unterricht fern geblieben sind. Bei dieser Hilfsschule sollen drei Junglehrer zur Entlassung kommen und die Kinder sollen einer anderen Hilfsschule überwiesen werden. Zur Zeit finden Besprechungen in der Schulverwaltung statt, in denen darüber beraten wird, wie man dem Schulstreik begegnen kann.

Mecklenburg-Strelitz muß zahlen.

Das Urteil im Fürstenabfindungsprozeß. TU. Rostock, 29. Sept.

Im Neustrelitzer Fürstenabfindungsprozeß verurteilte der Vorsitzende des Oberlandesgerichtes, Landgerichtspräsident Burmeister, am Dienstag folgendes Urteil: Das Urteil des Landgerichtes Neustrelitz wird aufgehoben. Der Schiedsspruch wird als vorläufig vollstreckbar erklärt.

Auf Grund dieses Schiedsspruches hat der mecklenburg-strelitzische Freistaat an die Prinzessin Maria 161 800 M. zuzüglich 8 v. H. Zinsen ab 15. Juli 1925, ferner an die Prinzessin Milka von Montenegro 500 000 M. zuzüglich 8 v. H. Zinsen ab 15. Juli 1925 sowie an die Großherzogin Elisabeth 1 Million M. zuzüglich 8 v. H. Zinsen vom gleichen Datum ab zu zahlen.

Enteignung der Domkirche in Riga.

Notverordnung gegen das Deuschtum.

(-) Riga, 29. Sept.
Nachdem am Montag die Regierungsparteien gegen deutschen Einspruch beschloßen haben, den Rigaer Dom auf dem Wege der Not-



Verordnung zu enteignen, beschloß das lettische Kabinett am Dienstag nachmittag, die entsprechende Verfügung zu erlassen. Die

Forderungen der Wirtschaft

Eine gemeinsame Erklärung deutscher Wirtschaftsverbände.

Berlin, 29. Sept.

Eine Anzahl deutscher Wirtschaftsverbände, nämlich der Zentralverband des Deutschen Bau- und Baufertigwerkes, der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammerstag, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Danzabund, die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, der Reichsgrundbesitzerverband, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband des Privatversicherung, der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels, der Reichsverband des deutschen Handwerks und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Der Zustand der deutschen Wirtschaft ist so bitter ernst, daß ein Ausweg nur noch möglich erscheint, wenn die Reichsregierung in kraftvoller Entschlossenheit und voller Unabhängigkeit von Interessenten und Parteipolitik den Weg zu sofortigem Handeln findet. Die Maßnahmen der unterzeichneten Verbände sind seit 1925 immer wieder mißachtet worden. Wenn sie in diesen entscheidenden Tagen nochmals einheitlich ihre Stimme erheben, so fordern sie Beachtung und Gehör als Sprecher des staatsbürgerlichen Willens von Millionen deutscher Bürger. Die Verleumdung der Politiker hat die Welt und hat Deutschland in die schwerste Not gestürzt. Die Privatwirtschaft ist durch absolute ihre nationale und soziale Leistungsfähigkeit zerschmetternden Gesetzmäßigkeiten im Innern in ihrer freien Beweglichkeit gehemmt worden. Man darf nicht einen Kapitalismus schmäheln, den man eines großen Teils

seiner Weisheit entkleidet hat. Die deutsche Politik muß erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden kein Kompromiß gibt. Sie muß sich offen und radikallos zu einem Weg ganz bekennen. Daß jede verantwortungsbewusste Entscheidung nur zugunsten des individualistischen Wirtschaftssystems fallen kann, ist unzweifelhaft. Die Wirtschaft muß ihrerseits alles daran setzen, Handlungen im eigenen Lager zu vermeiden, die im Widerspruch zum individualistischen Wirtschaftssystem stehen. Wie jeder neue Staatsingriff muß auch jede Preisfestsetzung wirtschaftliche Kräfte durch Subventionen unterbleiben.“

Gefordert wird weiter eine Auflockerung des Preisniveaus. Damit steht im unlöslichen Zusammenhang, daß die Regierung sofort und umfassend die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen durchführt, ohne die Kostenentlastung und Kostenauflöschung unmöglich ist. Es wird gefordert, daß an die Stelle kapitalzerstörender Eingriffe solche Maßnahmen gesetzt werden, die nach jeder Richtung die Kapitalbildung fördern und das Vertrauen wiederherstellen. Dies ist gerade jetzt um so notwendiger, als die Vorkämpfer in England neue schwere Auswirkungen mit sich bringen. Die unterzeichneten Verbände stehen auf dem Standpunkt, daß alle Mittel der Selbsthilfe ausgeschöpft werden müssen. Diese können aber nur Erlöse haben, wenn gleichzeitig folgende obersten Erfordernisse umfassend und schnell verwirklicht werden:

1. Ein weiterer umfangreicher Aufbaue- und Ausgabenaufbau in der gesamten öffentlichen Hand, Befreiung des bebauten Grundbesitzes von der Hauszinssteuer.
 2. Anpassung der Löhne und Gehälter an die geänderten Wettbewerbsverhältnisse.
 3. Die Hauptvoraussetzung ist eine Reform des Zolls- und Schlichtungsweises durch Vereinfachung der Verbindlichkeitsklärung und Wiederherstellung der Eigenverantwortung der Parteien.
 4. Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftliche Maß und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung.
 5. Senkung der Tarife der Reichsbahn, Reichspost und gemeindlichen Versorgungsbetriebe mindestens entsprechend den Preisentfaltungen seit 1929.
 6. Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden.
 7. Endgültige Vereinfachung aller Rechte der Zwangsverwaltung, besonders auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.
- Gefordert wird weiter der Grundriß der Sicherung des Privateigentums und der Rechtssicherheit, Gebührenerhaltung der Währung, wobei trotz Anerkennung der Notwendigkeit der Ausweitung des Kreditvolumens jedes Währungsversuch experimentell abzulehnen wird. Das entscheidende ist, daß die Sofortmaßnahmen der Reichsregierung der gekennzeichneten Linie entsprechen und sich ihr organismisch einreihen. Auch auf dem Gebiet der Reform wird ein entschlossenes Vorgehen verlangt.

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden am Mittwoch nachmittag vom Reichskanzler empfangen werden. Es soll eine Aussprache über die gesamte politische Lage stattfinden, wobei die in den nächsten Tagen von der Reichsregierung durch Notverordnung anzunehmenden Maßnahmen im Vordergrund stehen dürften.

Notverordnung steht eine Umgestaltung des Verwaltungsrates der Domkirche vor. Der bisherigen rechtmäßigen Vertreter, der deutschen Domgemeinde, werden im ersatzfähigen Verwaltungsrat nur drei Sitze gelassen. Die restlichen acht Sitze entfallen auf je einen Vertreter des lettischen Bischofs und des Kriegsministeriums und je drei Vertreter der lettischen Friedens- und der Garnisonsgemeinde. Die sog. Verwaltungsreform stellt nichts anderes als eine Enteignung dar, da die drei deutschen Vertreter jederzeit im Verwaltungsrat überstimmt werden können. Die Enteignung verleiht nach Ansicht der Deutschen Fraktion die Grundzüge des parlamentarisch regierten Staates, da sowohl vom Parlament, wie durch den Volkentscheid die Enteignung des Domes abgelehnt wurde.

Mit der Enteignung des Rigaer Domes verliert das Deuschtum ein der wertvollsten und ältesten Denkmäler und Wahrzeichen im Baltische. Damit haben die Machenschaften gegen die deutsche Domgemeinde in Riga, die bereits seit einer Reihe von Jahren angestrengt wurden, ihr Ziel erreicht. Diese Enteignung ist nicht die erste, die von dem lettischen Staate vorgenommen wurde.

Im Jahre 1923 wurde die Jacobi-Kirche in Riga den Deutschen weggenommen und für andere Zwecke bestimmt. Damals verlor nicht nur eine deutsche, sondern auch eine lettische Pfarrgemeinde eine Kirche; dieser wurde von den Deutschen die Freundlichkeit erwiesen, in dem Dom Gottesdienst abhalten zu dürfen. Damit sagten die Letten Fuß in der Domkirche und ruhten nicht eher, bis sie endlich die Enteignung erreicht haben.

Karlsruher Forscher spricht in Paris.

Im Anschluß an eine Forschungsreise nach den prähistorischen Höhlen in den Pyrenäen wurde Oberingenieur Herig in den Grafen Bégonnes-Toulouse eingeladen, auf dem 15. Internationalen Kongress für Anthropologie und Urgeschichte in Paris über seine paläontologischen Forschungen zu berichten. Sein Thema lautet: „Technologische Untersuchungen an prähistorischen Werkzeugen“. Herig hat damit die Ehre, als einziger Deutscher dort die deutsche Wissenschaft zu vertreten.

Die Paläotechnik hat sich als ein wesentlicher Zweig der von Herig selbst begründeten Handlurlehre, der sogenannten Manufaktologie, entwickelt, die umfassend den Gedanken verfolgt, der Handlurigkeit und der Werktechnik im weiteren einen bestimmenden Platz in den Anschauungen über unser Kulturverden zu erobern und damit den Nachweis zu führen, daß Handkultur und Geisteskultur im Bereich als gleichberechtigte Faktoren in der Entwicklung der Menschheit anzupprechen sind. Herig beabsichtigt, in diesem Sinne der Hand die Bedeutung der Schöpferin der Kultur als Vorstufe und Wegbereiterin zu gewinnen für die eigentliche Geisteskultur, die erst mit ihrem sich selbstbewußtwerden als solche in Erscheinung tritt. Als Handkultur ist die Manufaktologie menschlichen Bewusstseins somit bezeichnet, die sich bezieht auf die Erschaffung der äußeren Umwelt, wozu vor allem noch Schrift und Geht, Tonerezeugung durch Instrumente, sodann Tanz und Symbolik (in Recht, Kult, Ornamentik und Schmuck) zu rechnen sind. Die fundamentale These ist: die Erwerbung der Umwelt ist nicht als geistige Leistung zu bewerten, sondern als (unbewußter) „Geht der Hand“. Diese letzteren, mehr kulturphilosophischen Gedankengänge werden vornehmlich verfolgt durch die unter Gerhart Hauptmanns Protektorat stehende Gesellschaft für Manufaktologie mit dem Sitz in Karlsruhe, zu deren wesent-

lichen philologischen und philosophischen Mitarbeitern Elie Derig, H. Drazkowsky und Dr. Carl Delfemer gehören.

Das speziell von Herig ausgearbeitete Gebiet der Paläotechnik behandelt insbesondere die Ursprünge der Werkzeugherstellung und ihrer Verwendung, somit die Entwicklung des Handwerks als Vorstufe der Technik überhaupt.

Die Paläotechnik beruht sich insofern eng mit der Anthropologie und Urgeschichte, als in ihr eine Methode exakten Aufbaus für diese Wissenschaften gewonnen wurde, wie es Herig schon in der vorjährigen Anthropologentagung in Mainz demonstriert hatte. Durch Vermessung und Vergleich mit den bis heute im Sinne der Organprojektion der Hand erhaltenen strukturellen Grundtypen wird die zuverlässigste Methode ermöglicht für die systematische Erschließung des Fundmaterials, wie Herig sie inzwischen unternommen hat an den Sammlungen der Universität Freiburg i. Br. aus dem Petersfelsien, einer wichtigsten, von Prof. Peters-Freiburg entdeckten Fundstätte auf deutschem Gebiet.

Herigs südfranzösische Reise gilt nun vorwiegend dahingehenden verlesenden Ergänzungen. Der Gelehrte wird auf dem Kongress in Paris über die jüngsten Ergebnisse seines Forschungsgebietes berichten. Die Bedeutung, daß Herig inzwischen auf der Erstausstellung unter Präsident Doumergs Vorsitz als Vertreter Deutschlands die Gräber der deutschen Paläotechniker und Manufaktologen, voran Gerhart Hauptmanns persönlichen Worten zum Ausdruck in warmen persönlichen Worten des Ministerpräsidenten Laval, der Herig als einzigen internationalen Delegierten die Hand drückte zum Dank für sein Erscheinen mitten heraus aus den Arbeiten in den Pyrenäen. Das „Journal“ nennt in seinem Bericht, dem wir das Gesagte entnehmen. Herig den deutschen Delegierten an erster Stelle. Die Ehreung ist ein erfreuliches Zeugnis der Verständigung in der Wissenschaft und eine Anerkennung des Fleißes und der Energie deutschen Forschergeistes — auch in dieser schweren Notzeit.

Theater und Musik.

Aufführung in München.

„Raptolen“ von Alexander Berner-Polenia.

Auch mit dieser neuesten Komödie zeigt sich A. Berner-Polenia, wie schon der Titel „Raptolen“ andeutet, ein leichtes, aber geistreiches Unterhaltungstheater, eine Kreuzung zwischen Shaw'scher Dialektik und Wiener Plauderton, bemüht, Figuren aus der ehe-maligen österreichischen Hofaristokratie läßt der Autor an seinen Drähten tanzen und tänzeln; der spielerische Grundcharakter bleibt durch alle vier Aufzüge hindurch gewahrt. Lediglich die Hauptfigur entwickelt sich marionettengleich Typenhaftigkeit: es ist Herr von Miller, ein Mann ohne jede Vorurteile, Vertreter ent-waffnend liebenswürdiger Unmoral. Sein Grundriß: man soll die Dinge im Leben nicht allzu schwer nehmen, denn nichts sei schädlicher, als der Ernst. Er betritt im Spiele, betragt seinen Freund Plöndor mit dessen Frau, er betragt Duellgegner und Sekundanten, wenn er sich im Zweikampfe auf den ersten Schuß tot stellt, er betragt die ganze Welt, wenn er dar-auf Herrn von Miller befragen läßt, um als Herr von Miller wieder aufzutreten. Ob er es mit dem „neuen“ Leben, das er zu führen gewillt ist, besonders ernst nimmt, darüber läßt der Autor die Frage offen, allein es fällt schwer, an eine Wandlung zu glauben. Die Vorzüge des Stückchens glücken in dem wirklich lapientenleichten, feinerknüpften Dialog, von dem man sich bis auf den letzten, überaus geschmacklosen Aufzuge, da der „Heid“ im Sarge aufgebahrt liegt und das Spiel in peinliche Frivolität ausmündet, nur zu gerne einspinnen läßt. Spiert man tiefer, so gähnt einen die Leere, die absolute Grundlosigkeit an. Berner-Polenia gefaßt sich in der Rolle des Wiener Wurfs in Ueberkultur. Sein Blick zerlegt sich in Witzeln, sein Freimut in Taktlosigkeit,

seine Menschenkenntnis in psychologische Haar-palptereien. Erträglich wird das Stück nur, wenn für den Herrn von Miller ein Schauspieler zu Gebote steht, der den Betrag zu erklären, die Unmoral zu verlesenswürdigem vermag. Die Münchener Kammerpiele waren in der glücklichen Lage, in Fortler-Parinaga einen solchen Darsteller zu besitzen, der mit un-nachahmlicher Grazie und Leichtigkeit über die Untiefen der Komödie hinwegging. Auch sonst hatte die von A. Berner-Polenia inszenierte Aufführung Schwung und Laune, die auch das Publikum drei Akte lang mitriß, während der letzte nicht ohne Widerspruch hingenommen wurde. Dr. Wilhelm Zentner.

Berliner Theater.

„Der beschleunigte Personenzug“, den Hans Reimann und Heinrich Spörl im Theater am Nollendorfsplatz laufen ließen, ist mehr ein Hummelzug. Der Herr Stadtober-amtmann fährt zum Begräbnis seiner Tante nach Berlin. . . Dort gerät er in eine Gesellschaft, die nicht gerade seiner würdig ist. Wieder im trauten Heim, bekommt er eine Zustellung vom Gericht: allerlei Dinge seien aus dem Hotelzimmer verschwunden und er stehe im dringenden Verhaft. Mit sprudelnder Ueber-zeugung sucht er die Hindernisse zu nehmen, die sich rings um ihn aufstürmen — und rettet sich immer mehr ins Verhängnis. Das alles, und wie ihn die Untreue seiner Frau rettet, wird höchst ungläublich und umständlich ab-gewickelt. Der sehr witzige Hans Reimann er-weist sich nicht gerade als berufener Theater-handwerker. Auch geht es nicht ohne Unsauber-keiten ab, und recht überflüssig, in dieser ersten Zeit, ist die Spöttelei über das Beamtentum. Doch die Hauptrolle: Max Adalbert hat wieder eine ergebnislose Rolle. Aus dem Neben- und Begegnen der von energiegeladener Korrektheit und berlinischer Urwürdigkeit ergibt sich keine Komik. Er hat dem Theater einen nachhaltigen Erfolg verschafft. Florian Kienzl.

Krieg mit Menschen und mit Fellen.

Gesprenzte Alpengipfel als Kriegswaffe. — Der Weltkrieg in den Alpen.

Von Oberl. utnant a. D. Fritz Weber.

(7. Fortsetzung.)

Der Kampf gegen den Winter.

Der „echte“ Mineur. — Lawinen schießen. — Die verschüttete Kolonne. — Der fatalistische Bosniak.

Zur Zeit, als ich am Pajubio war und auch mehrmals in den Eissen-Stollen flog, hatte dieser noch ganz den Charakter einer Abwehrmaßnahme.

Ueber endlose Stufenreihen kam man unter den „Eisrücken“ zum Vortrieb. Das letzte Stück führte wieder aufwärts. Hier war ein Lüftungsschacht an die Oberfläche gebohrt, der in der Mulde unter Valschneefuß mündete. Als der Schnee wich, kletterten hier mehrfach Patrouillen ins Freie und gingen gegen die feindlichen Stellungen an den Flanken des „Kopfes“ vor. Wurden sie bemerkt und verfolgt, so verschwanden sie spurlos in den Rastlöchern, was den Italienern viel Kopfzerbrechen gemacht haben mag. Später wurde dieser Lüftungsschacht vermauert, da es zu gefährlich schien, seine Existenz einer Entdeckung auszuliefern.

Der Vortrieb — ein ohrenbetäubendes Knatzen der Steinbohrer. Menschen, die man nur an Resten ihrer zerrissenen, verstaubten Uniformen als Soldaten erkannte, arbeiteten hier sechs Stunden lang, um nach achtstündiger Pause wieder sechs Stunden in der dröhnenden Hölle zu verbringen. Halb taub von dem Lärm, halb blind von der Lichtentwöhnung und der Drahtbrille, schufteten sie tagaus tagein an dem gewaltigen Werk.

Bei einem Besuch traf ich einen Mineur, der schon seit achtzehn Jahren sein gefährliches Handwerk ausübte. Während die Bohrer schwiegen und der Alte die Sprengkapseln an die Zündschnüre bis, erzählte er mir voll Stolz, daß er sechs Jahre lang am Tauertunnel gearbeitet hatte.

Ich fragte ihn, ob er immer die Kapseln mit den Zähnen an den Schnüren befestigte. Er meinte lächelnd, Pistonzangen seien etwas für Leute, die nichts davon verständen. Ein echter Mineur beisse seine Kapseln an die Zündschnur.

Wald darauf war der Alte tot. Sie brachten ihn mit zertrümmerten Rippen, schon verblutet, herauf. Eine Fingerringkapsel war ihm zwischen den Zähnen explodiert. Aber sein Nachfolger tat es genau so. Auch er war ein „echter Mineur“, der für Pistonzangen nichts übrig hatte.

Während so die Ereignisse einer damals noch unbestimmten fernen Zukunft vorbereitet wurden, ging die Gegenwart ganz im Kampf mit dem Winter auf. Nicht die Patrouillengefächte und Postenüberfälle, nicht die paar Granaten, die zwischen Hüben und drüben gewechselt wurden, strengten Muskeln und Nerven an, sondern der Schnee, der in diesem Jahre in geradezu ungläublichen Mengen fiel. Zeitweise lag die Decke sechs Meter hoch, sie flog an einzelnen Stellen auf acht Meter. Es galt nur, diesem furchtbaren aller Feinde standzuhalten, nicht heillos und körperlich unter seiner Ducht zusammenzubrechen.

Das unendliche Weich der Landschaft, drückende Nebel und bittere Kälte riefen in den meisten eine stumme Gleichgültigkeit hervor, die wieder von Stunden und Tagen maßloser Anstrengung unterbrochen wurde. Ueber allen lastete ein riesenhaftes Gespenst: die Lawine. Sie konnte mit einem Schlag Hunderte vernichten, Aberhunderte zu Entbehrung und Hunger verurteilen. Sie war Bedrohung und Waffe zugleich.

Denn der Krieg verstummt auch im gemeinsamen Kampf gegen den Winter nicht. Hatten die Beobachter festgestellt, daß irgendwo hinter den feindlichen Stellungen eine Trägertkolonne bergan kletterte oder Schneeschaufler an den Wegen arbeiteten, so begann das gefährlichste Schießen auf die Kammschichten. Meist genügte eine Salve von vier kleinen Britanzgranaten, oft auch ein einzelner Schuß, um die Katastrophe auszulösen. Es häuften sich die Lawinen, Schneegeriesel fiel mit kleiner, kaum wahrnehmbarer Wolke, wuchs blitzartig an und donnerte als eine ungeheure Welle nieder auf die Unglücklichen, die vergeblich versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Wir schossen selbst einmal eine Lawine gegen Gletsch ab, deren Wirkung ich mit entsetzlicher Deutlichkeit verfolgen konnte. Das eigentliche Ziel dieses Anschlages, eine Gruppe Schneearbeiter, etwa 70 Mann stark, befand sich so tief unten, daß ich es für ausgeschlossen hielt, sie zu erreichen.

Der erste Schuß hatte gar keine Wirkung; er schlug zu weit hinter dem Rand der Schneewächte ein und verschwand als Blindgänger spurlos. Danach kam eine Salve von vier Granaten, deren Zeitzündker eingestellt waren. Sie explodierten fast gleichzeitig und rissen in einer Breite von ungefähr vierzig Meter die über-

hängenden Schneemassen los. Was darauf folgte, bot ein grauenhaftes Bild der Vernichtung. Der ganze Hang geriet ins Rollen, schob sich übereinander, drängte in auf- und niederwogenden Wellen talwärts.

Der Menschenschieber von Ellis Island

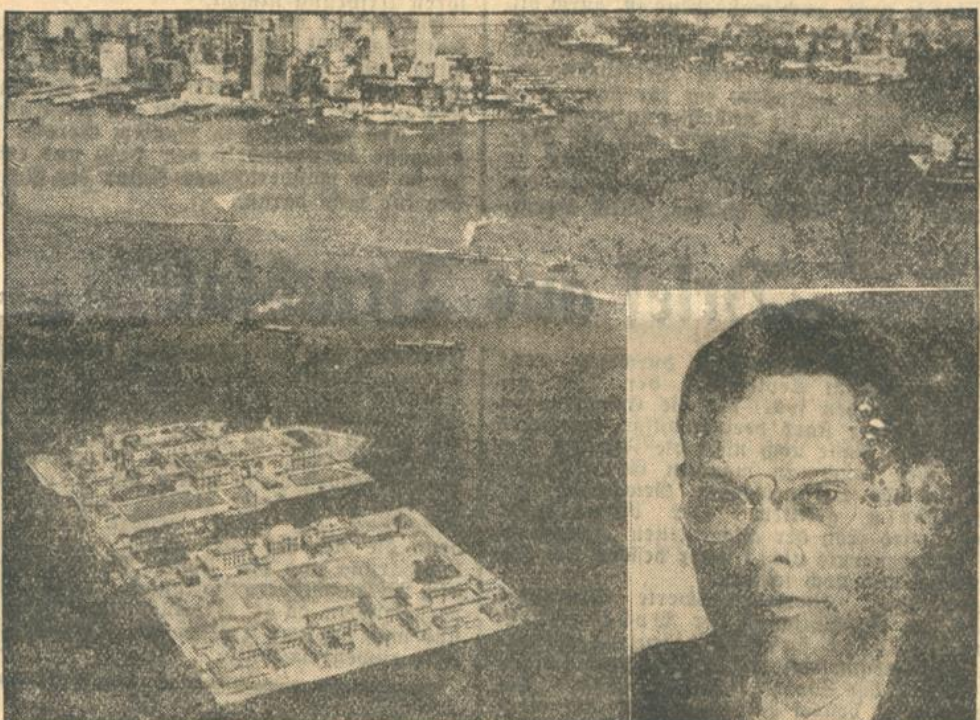
Weshalb der Einwanderungs-Kommissar Benjamin Day verhaftet wurde

© Neuyork, 29. Sept.

Die Insel des Schreckens, die Schicksalsinsel für Hunderte und Tausende von Menschen, die Klippe, an der manche Hoffnung scheiterte, das anscheinend so eiserne und unerlöschliche Ellis Island ist kompromittiert. Keiner ging ideenbar durch die Barrieren von Ellis Island durch, ohne auf Herz und Nieren gepreßt zu sein, unerbittlich fiel das entscheidende „refused“, wenn auch nur das kleinste Fehlerlein an einem Papier entdeckt wurde. Die blinden Passagiere, die Hoffnungsfrohen, die glaubten, es mit guten

winkel für heimliche Auswanderer unterhielten und die Menschen, die gern nach Amerika wollten, zu hohen Kosten in einem Kohlenbunker hinüberbrachten. Der eine der Polen, Henry C., hatte einen Bruder in Boston, der dort mit großen Reuten in Verbindung stand, die ihm seine dunklen Menschenschiebungen ermöglichten.

Nun ging es Schlag auf Schlag. Die Verhaftungen in Hamburg veranlaßten William Doak, den Sekretär des Arbeitsamtes in Washington, einen Radiovortrag zu halten, in dem er vor Einwanderungen auf Schleichwegen drin-



Blick auf die Einwanderungsinsel Ellis Island im Hafen von Neuyork. Rechts Benjamin Day, der oberste amerikanische Einwanderungskommissar.

Worten machen zu können — sie alle sammelte man in Ellis Island und schickte sie wieder in die Heimat zurück, wenn nicht — und das ist das jetzt enthüllte Rätsel von Ellis Island — ein Zauberwort gesprochen wurde, das alle Tore aufsprangen ließ oder wenigstens ermdächtete, durch ein Hintertürchen einzuschlüpfen.

Benjamin Day war ein kleiner Gott. Day war der mächtigste Mann auf der Insel. Er war der Einwanderungskommissar, der auf Ellis Island sah und durch ein kleines Häuschen, das er hinter einen Namen machte, das künstliche Gesicht dieses Menschen bestimmte. Er war scheinbar einer der ehrenwertesten Leute in Neuyork, aber man hat ihm jetzt etwas anderes nachgewiesen: Er war heuchellich. Zwei Millionen sind ihm zugestanden in wenigen Jahren. Diese zwei Millionen Dollar, die ihm von gewisser Seite zugewendet wurden, waren Korruptionsgelder, die eine Schmuggelergesellschaft genahnte, denn sie verdiente zweifellos das Doppelte und Dreifache. Die Schmuggelergesellschaft schob mit einer eigenen Ware: mit Menschen, mit jenen Menschen, die nicht zur Einwanderung zugelassen wurden und die man nun doch noch in die Staaten hineinbrachte.

Eine riesenorganisation, welche die ganze Welt umspannt, bezahlte ihn. Die Organisation floh zuerst auf, dann mußte Day folgen. Der Anfang zum Aufsteigen dieser großen Bande wurde in Bremerhaven gemacht, als man dort einen Chinesen ermittelte, der in Hamburg wohnte und seine Transporte über deutsche Dampfer leitete. Dann folgte die Verhaftung von Polen, Rumänen und Ungaren, die in Hamburg eine Fremdenberberge, einen Schlupf-

gend warnte und außerdem so positive Angaben über gewisse bestehende Schmuggelorganisationen machte — daß vier Stunden nach dem Vortrag ein Mann ermordet wurde, in dessen Taschen man Verzeichnisse mit sämtlichen Schiffsanschlüssen fand, mit denen Menschentransporte ankommen sollten. Offenbar hatte die Bande vermutet, dieser bis heute noch Unbekannte habe alles verraten. Bei der Durchsuchung eines Büros, zu dem der Ermordete die Schlüssel in der Tasche trug, fand man außerdem Listen von Staatsanwälten und hohen Beamten, die alle in direkter oder indirekter Weise an dem Einwanderungsschwindel beteiligt sind.

Unter diesen Papieren fand man auch mangelhaft, was Benjamin Day belästigte. Er tritt naturgemäß ab. Aber Vorwurf reichte sich an Vorwurf, daß man schließlich Benjamin Day verhaften mußte, so ungern die Behörden es taten, denn er hatte eine außerordentlich angesehene Position und einen beinahe allmächtigen Einfluß. Er kennt alle Geheimnisse der offiziellen und inoffiziellen Kreise und kann jedenfalls den höheren Kreisen mehr schaden als nützen.

Nach dem Vortrag des Sekretärs Doak meldeten sich Einwanderer zu Hunderten, die auslagten, daß sie für ihre Einreise schwer bezahlt hätten, und andere, die, aufgezogen und auf die Abschlüsse gelehrt, aus Roche sich wehrten und alles verrieten, was geschehen war. Alle, die man schmuggelte, mußten bezahlen. Und ein Scherflein von dem, was sie zahlten, floß in die Taschen des Benjamin Day. Bis es runde zwei Millionen Dollar waren. Da endlich brach der Krug, der solange am Brunnen geangene war.

langsam auf das Grab der Verschütteten senkten.

Ähnlich erging es unseren Reuten in zahllosen Fällen. Bald kam eine Schredensmeldung von da, bald von dort. Die rissen Telefonleitungen, und erst die Stipatrouille, die den Schaden reparieren sollte, brachte die Nachricht, daß eine Lawine niedergegangen sei und wahrscheinlich Opfer gefordert habe.

Einmal fuhren wir mit einer Hochgebirgskompanie und freiwilligen Kaiserjägern gegen Vocablo, wo ein Trupp bosnischer Landsturmarbeiter, dreihundert Mann, verschüttet worden war. Da sie nach Anzeichen eines Anzuges die Strafe nicht verlassen hatten, war anzunehmen, daß alle mit dem Gesicht nach unten lagen und vielleicht noch lebten. Meist wird der Betroffene auf der Nacht erstickt, trägt dann irgendein Hin, gerät so, das Gesicht nach oben oder seitwärts, in den Schnee und erstickt in wenigen Minuten. Wer sich aber mit acientem Kopf zusammenkauert und in dieser Lage begraben wird, kann manchmal stundenlang leben.

Als wir ankamen, hatten andere Hilfskräfte schon zwei tiefe schmale Gräben von beiden Seiten her in die Schollenhalde gegraben. Um ein Nachrüfchen der Schneemassen und ein Schließen der Gräben zu verhindern, wurden in kurzen Abständen Pfeiler stehen gelassen, die in einer Tiefe von etwa drei Meter durchstochen waren. Ueberdies standen auf der Lawinenbahn Stützen, um jede Bewegung im Schnee rechtzeitig anzukündigen und die Arbeiter zu warnen.

Es dämmerte schon stark, als wir nach langem Hin- und Hergraben auf den ersten Bosniaken stießen. Er war tot. Die Last hatte ihn nicht nur erstickt, sondern wahrscheinlich auch die Wirbelsäule gebrochen, denn er hatte unnatürlich zusammengekrümmt im Schnee. Bald darauf fand die zweite Hilfsgruppe einen ganzen Haufen Verschütteter. Sie waren offenbar beim Nahen der Lawine zusammengelaufen und gemeinsam begraben worden. Mehrere von ihnen lebten. Sie wurden entkleidet, mit Schnee gerieben und durch künstliche Atmung zum Bewußtsein gebracht.

Und dann holten wir einen ins Leben zurück, der wohl das Opfer eines fatalistischen Mohammedaners war. Er wurde dicht an der Straßendüsung gefunden und erwachte nach wenigen Augenblicken. Der stielte Gang hatte ihn vor einer stärkeren Pressung bewahrt. Erstaunt blickte er um sich und griff dann ohne Zögern nach dem Fes, der ihm von dem mit Tüchern umwundenen Kopf geglitten war.

Wir lachten und klopfen ihm den Schnee vom Mantel. Der Bosniak ließ die Prozedur ruhig über sich ergehen. Dann relaxte ihm einer der Jäger die Feldflasche. Der Alte schnuppte daran, schüttelte vermeintlich den Kopf, kreuzte die Hände vor der Brust und murmelte etwas Unverständliches. Er vergaß die Vorschriften seines Glaubens auch in dem Augenblick seiner Wiederkehr aus dem Jenseits nicht. Dagegen nahm er Zigarette und Feuer, lächelte freundlich über sein ganzes salziges Gesicht und stapfte durch den Graben hinaus.

Siebzehn Todesopfer der weißen Hölle wurden damals auf Schritten geschnitten und ins Terragnolotat gefahren. Die Ueberlebenden blieben im Barackenlager an der Strafe. Wahrscheinlich haben sie schon am nächsten Tag wieder Schnee geschauflert. Der Kampf gegen den Winter war unerlöschlich; es gab keine Pause, kein Mittel, keine Schonung.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Wieder ein Banfraud in Berlin.

(:) Berlin, 29. Sept.

Am Dienstag nachmittags drangen zwei bewaffnete Männer mit dem Auf „Hände hoch“ in eine Nebenstelle der Teltower Kreisparkasse in Lichterfelde ein, in der sich nur der Kassierer und ein Volontär befand. Als der Volontär zur Hintertür hinausellen wollte, um Hilfe herbei zu holen, gaben die Räuber zwei Schüsse ab, von denen der eine dem Volontär ins Gesicht drang. Die Täter sprangen darauf über den Zählisch und rafften ungefähr 1200 M. zusammen. Sie entfernten sich dann und entkamen auf Rädern in Richtung Lichterfelde-Süd. Auf die sie verfolgenden Personen gaben sie mehrere Schüsse ab, von denen jedoch keiner traf. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in dieser Nebenstelle schon einmal in diesem Jahre auf diese Weise 3000 M. geraubt worden sind. Ob die Täter in beiden Fällen dieselben sind, muß erst die nähere Untersuchung ergeben.

Morgen 11 Uhr vormittags

eröffnen wir unsere Verkaufsstelle
Kaiserstrasse 205



Badische Rundschau.

Pforzheimer Stadtrat gegen Steuererhöhungen.

Die Staatsaufsichtsbehörde erteilt ein.

29. Sept. Der jährliche Beitrag für die Stadtkasse Pforzheim beträgt nach Einrechnung der Ersparnisse aus Gehalts- und Lohnkürzungen und Verwaltungsersparnissen 1.185.200 RM. Unbedingte Voraussetzung für Reichs- und Landeshilfen ist aber nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 18. September n. a. die Einführung einer Getränksteuer von 10 v. H. des Kleinhandelspreises, die Verdoppelung der Biersteuer und die Erhebung der Biersteuer mit dem Dreifachen des Landesfußes. Der Ertrag der drei Steuern ist mit den angelegenen Steuererlösen auf 520.000 RM. zu schätzen, so daß noch 615.200 RM. ungedeckt bleiben. Stadtrat und Finanzausschuß konnten sich jedoch in der letzten Sitzung nicht entschließen, den neuen Gemeindefiscus zuzustimmen. Mit der Deklama des Reichsbeitrages wird sich jetzt die Staatsaufsichtsbehörde befassen müssen.

Freiburg nimmt Getränkesteuer an. Erregte Bürgerauschufung.

In der Freiburger Bürgerauschufung standen am Montag 13 Punkte zur Beratung. Von Wichtigkeit waren hierbei lediglich die Vorlagen über den Fortgang des Baues der klinischen Krankenhäuser und über die Einführung einer Gemeindegetränksteuer. Der Kampf um die Getränkesteuer wurde mit außerordentlich großer Leidenschaft geführt, wobei die Wellen der Erregung oft in die dicht gedrängten Zuschauertribünen schlugen, so daß der Oberbürgermeister sich mehrmals genötigt sah, mit der Räumung der Tribünen zu drohen.

Da der Stadt durch die erhöhten Fürsorgeleistungen, ferner durch den Rückgang der Steuerüberweisungen von Reich und Ländern und durch die Neubelastung der Stadt durch das badische Notgesetz ein ungedecktes Defizit von 861.000 Mark erwachsen sei, müsse die Stadtverwaltung, so führte der Oberbürgermeister aus, alle ihr steuerrechtlich zu Gebote stehenden Hilfsmittel ausschöpfen, wenn sie in den Genuss der Mittel des Ausgleichsfonds von Reich und Ländern gelangen wolle. Die Gegner der Gemeindegetränksteuer führten als Gründe ihrer ablehnenden Haltung an, daß die Stadt wohl noch andere Mittel besitze, um das Defizit zu decken.

Erst in den späten Abendstunden fiel die Entscheidung über die Steuer. Sie wurde in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 41 Stimmen angenommen. Somit wird ab 1. Oktober 1931 von Wein, weinähnlichen und weinähnlichen Getränken, Schaumwein, schaumweinähnlichen Getränken, Trankbranntwein, Mineralwasser, künstlich bereiteten Getränken, sowie von Kakao, Kaffee, Tee und anderen Auszügen aus pflanzlichen Stoffen von Verzehr an Ort und Stelle eine Steuer von 10 Prozent des Kleinhandelspreises erhoben. Die übrigen Beratungspunkte fanden gleichfalls Annahme. Durch die Annahme der Gemeindegetränksteuer ist die Stadt vor dem Eingriff der Staatsaufsichtsbehörde bewahrt geblieben.

Amisbezirk Schopfheim wird nicht aufgehoben.

29. Sept. Wir berichteten kürzlich von den Widerständen, welche die im Sparzuchtplan der Reitervereine voranschreitende Ueberleitung des Amisbezirks Schopfheim in den Bezirk Säckingen, der eine ganz andere Struktur hat, hervorrief und von der scharfen Entschiedenheit der Bürgermeister des Bezirks mit dem Ruf nach Volksabstimmung. Wie dem Bürgermeister von Schopfheim aus Karlsruhe mitgeteilt wurde, ist ein solcher Abbau Schopfheims nicht geplant. Bei eventuellen Umänderungen würde der Innenminister vorher an Ort und Stelle mit den zuständigen Organen sich ins Benehmen setzen. Dagegen bleibt die Aufhebung der Bezirksstelle und Verlegung nach Säckingen bestehen, ebenso die Aufhebung der beiden Primen der Oberrealschule Schopfheim. Man hofft, in einem in Vorschlag zu schaffenden Realgymnasium Ersatz zu finden.

Die Beförderung von Obst.

Ausnahmetarif für frisches Obst.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat mit sofortiger Gültigkeit einen bis zum 30. November 1931 befristeten Ausnahmetarif für frische Äpfel, Birnen, Pfäumen und Zwetschgen bei Auslieferung als Güter oder Frachtmittel eingeführt. Der Ausnahmetarif gilt von allen Bahnhöfen der Reichsbahn. Die Frachtmäßigung besteht darin, daß die Fracht für Sendungen im wirklichen Gewicht von weniger als 1000 Kg. nach den für Sendungen von mehr als 1000 Kg. Gewicht geltenden Frachtsätzen des Notariffs berechnet wird. Hierdurch tritt für die weniger als 1000 Kg. wiegenden Sendungen eine Ermäßigung bis zu 20 Proz. ein.

25 Prozent Frachtermäßigung für geringwertiges Obst.

Das Reichsernährungsministerium und die landwirtschaftlichen Spitzenverbände haben sich mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft wegen Einführung eines Ausnahmetarifs für geringwertiges Obst in Verbindung gesetzt. Erreicht wurde ist dem Antrag stattgegeben und mit Gültigkeit vom 21. September 1931 der Ausnahmetarif für frische Äpfel und Birnen zur Verarbeitung in industriellen Verwertungsbetrieben von und nach allen Bahnhöfen der

Deutschen Reichsbahn eingeführt worden. Die Fracht wird nach den Sätzen für Wagenladungen des Notariffs Ziffer 2, gekürzt um 25 Prozent, berechnet.

Für Verbesserung des Schnellzugverkehrs des Baden-Schweiz.

1. Heidelberg, 29. Sept. Hier hatte sich auf Anregung der Kurdirektion Baden-Baden eine größere Anzahl von Verkehrsinteressenten zusammengefunden, um Verbesserungen der über die Rheintal-Linie gehenden Schnellzugverbindungen nach der Schweiz zu beraten. Die Verammlung beschloß einstimmig, bei den beteiligten Reichsbahndienststellen entsprechende Schritte unter Darlegung näherer Einzelheiten zu unternehmen. Insbesondere wurde auch über allzu lange Aufenthalte in beiden Bahnhöfen von Baden-Baden nachwehrt, wodurch in mehreren Fällen gütliche Anschlüsse verloren gehen. Ferner müßten auch die Aufenthalte auf den Kopfbahnhöfen Heidelberg und

Im Kurgarten von Ottenhöfen.

Wir haben bereits des öfteren über die Schönheiten des Aheriales geschrieben, jenes Tales, das unser Scheffel und viele andere schon besungen, jenes obst- und rebegezeichneten Tales, das von Ahern aus seinen Ausgang nimmt und in dem idyllisch gelegenen Kurgarten Ottenhöfen den Endpunkt der Kleinbahn Ahern-Ottenhöfen besitzt. Gerade in diesen Tagen der Weinreife wird das Aherial gerne besucht, und niemand sollte es verüben, aus diesem Anlaß auch dem neuen Kurgarten von Ottenhöfen einen kurzen Besuch zu machen.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich Ottenhöfen als Kurplatz eines immer größeren Zuspruchs erfreut, nicht allein durch die herrliche Lage zwischen dem Grün hinaus zur Klostermauer Aherns, sondern auch durch die Ruhe im Tal und nicht zuletzt durch beste Verpflegung, und, was ja heute auch maßgebend ist, durch billige Kost und Vogis. Dielem vermehrten Fremdenbetrieb hat die Stadtverwaltung von Ottenhöfen, zusammen mit dem Verkehrsverein, immer Rechnung getragen, hat für beste Wege Sorge getragen, für die Anbringung von vielen Anhebanten, durch beste Verbindung der Wege, durch Kraftpostverbindung hinaus zu den Höhen, die nun im Winter wieder von den „Skilern“ gerne besucht werden, durch Errich-

Manheim, sowie in Karlsruhe, vor allem aber in Frankfurt a. M. Hauptbahnhof gekürzt werden. Auch die Fahrzeugschwindigkeit in der oberrheinischen Tiefebene könnte noch erhöht werden. Insgesamt sei eine Kürzung der Reisedauer Frankfurt-Basel-Innerschweiz um 30 Minuten möglich.

Obstrefordernie im Hegau.

Singen a. S., 29. Sept. Seit Jahrzehnten hatte der Hegau keine solche Obstrefordernie zu verzeichnen gehabt wie in diesem Jahre. So groß die Ernte, so schwierig gestaltet sich aber auch der Absatz. Meist geht zu niedrigen Preisen noch am raschesten ab. Schlecht sortiertes Tafelobst findet keinen Käufer. Solches Obst muß besser durch die Obstmühle wandern. Manderorts treten die Obstbauvereine als Käufer auf.

Weiteres Zeitungsverbot.

Manheim, 29. Sept. Auf die Dauer von zwei Wochen wurde am Dienstag ein Erlassungsverbot gegen das Mannheimer „Sankt-Kreuz-Banner“ ausgesprochen. Anlaß hierzu gab der gleiche Artikel zum Beitritt in den Nationalsozialistischen Schülerbund, der auch einen Verweis auf den „Deibelberger Beobachter“ brachte.

tung eines neuen Schwimmbades, Veranstaltung von Konzerten und noch vielem anderem. Im letzten Jahre ist man auch daran gegangen, einen idyllischen Kurpark zu schaffen, der gleich bei Ankunft des Gastes dienen an dem kleinen Bahnhöfen willkommen heißt. Ein schöner, weiter Platz, der geschmückt ist mit vielen Bäumen, aus denen jetzt noch die letzten Blüten den Zauber eines Nachkommers nachstrahlen lassen. Viele Bänke, gestiftet von den Freunden des Kurortes und von den Einheimischen, laden zum Verweilen ein. Von ihnen aus hat man schönsten Rundblick auf die Hügel des Herbitz, auf das Aherial, hinaus zu dem schwarzen Reich der Gründe. Ein kleiner See mit Springbrunnen ist auch inmitten dieses Parkes angelegt, und macht einen hübschen Eindruck. Nebenan fließt die kleine Aher vorbei und plaudert von den Geschehnissen droben auf der Höhe, von der sie ihren Ursprung nimmt. Ein kleiner Musikpavillon ist auch aufgestellt. Natürlich, jetzt wird dort nicht gespielt. Herbstwind weht um das so idyllisch gelegene Plätzchen, nur noch vereinzelt sieht ein Großmutterlein auf der Bank und spielt mit den Enten. Alte und neue Zeit in trautem Verein. Letzte Kurgäste dürften bald den Heim und erfrönen sich an der wunderschönen Natur des Aherials. Sie tun recht daran. E. F.

Brief aus Bruchsal.

Der nun zu Ende gehende durchweg recht ungünstige Monat September, der doch die Trauben loden soll, hat die Erwartungen der Rebschäner stark beeinträchtigt, besonders dort, wo die Reife noch nicht die Reife für den Export erreicht hat. In manchen Gemarkungen haben in den tief gelegenen Gewannen die Kartoffeln gelitten. Der bevorstehende Oktober wird trotz der angenehmen „abwärtenden“ Traubenernte nichts mehr bessern, bei den Kartoffeln nur noch Schaden.

Durch das anerkennenswerte Bruchsaler System der Beschäftigung der Wohlfahrtsarbeiter werben sich neben der moralischen Auswirkung viele Werte geschaffen worden zum Vorteil der Stadt. Unsere Straßen befinden sich in bestem Zustand trotz der strahlenden Benützung des schweren Lastwagenverkehrs, dessen Abgase das Reich einheimt, während die Gemeinden die Straßensanierung tragen müssen. Erreicherungswerte sind an Stelle der endlich im unteren Schloßgarten verschwandenen Baracken nun die freigewordenen Grundstücke zu Sportplätzen umgearbeitet, wovon den größten die Volksschule bekommt, die bisher auf die Wiese der Vereine angewiesen war. Aber auch viele Vereine haben nun dort einen eigenen Sportplatz erhalten.

Mit der Wiederherstellung der durch den Erdsturz am Friedhofstunnel abgetragenen Besehung wurde auch eine weitere Folge der freien Niederlage beseitigt, indem die hoch oben am Gelände des Paulshofes hinfließende Unterwasserströmung in ihrer ohnehin dort schmalen Fahrbreite abzurücken drohte. Nun sind die hohen Stützmauern von Boden aus erneuert und damit die Straße für den Fußverkehr wieder um 2 Meter verbreitert und zugleich mit einer starken Abschlussmauer versehen worden.

Den wirtschaftlichen Tiefstand unserer Zeit beleuchtet so recht das Ausschreiben einer Zwangsversteigerung seitens des hiesigen Notariats, wonach in Dörflingen eine „Herren-Lose-Fabrik“ (früher Haarfabrik) im Anschlag von 25.000 M. versteigert werden soll.

Die Postzustellung im Bezirk erfährt mit dem 1. Oktober eine mehrfache Veränderung, indem eine Reihe von Orten nicht mehr durch den Briefträger der Nachbarorte versehen wird, sondern direkt durch Rufbus mit Landpostkraftwagen, so die Orte Helmsheim, Oberarombach, Menzingen usw.

Die hier im Frühjahr ins Leben gerufene Wingergerossenschaft hat zur Förderung der Planerinteressen bereits Erfolge zu verzeichnen, wenn auch noch Gegner vorhanden sind. Der Genossenschaft sind die großen Keller im sog. Wandhaus der Schloßgebäude zur Verfügung gestellt worden; dadurch wird die Abfallmöglichkeit und Behandlung des Bruchsaler Rebenabfalls erhöht.

Mitte September veranstalteten zwei einheimische Künstler einen Viederabend, der sich im Palasttheater eines starken Besuches erfreute. Das sich der Sinn für die Werte der Kunst hier trotz der Zeitennot noch erhalten hat, bewies dieser Abend, wo Alfred Kochenbörfer (Tenor) als Mitglied der Bayreuther Festspiele und der hiesige Baritonist Kurt Dreifuss unter Mitwirkung von Musikdirektor Hunkler durch die dem persönlichen

Charakter und der stimmlichen Veranlagung bestimmte Vortragsfolge wahrhaft genussreiche Stunden boten und zu verschiedenen Dreingaben sich entschließen mußten. Wenn nun der Winter mit seinen sonst so vielen erfreulichen, aber auch mehr noch unbilligen Vereinskassaveranlässungen bevorsteht, so sollten die Vereine bis auf eine gemeinliche größere musikalische Veranstaltung auf alles weitere verzichten, denn die Not der Zeit zwingt zur äußersten Einsparung und die übliche Geldmaderlei bei den Weihnachtseventsveranstaltungen wird ohnehin verschwinden, da die Vereinsmitglieder stark abfällt und man sich nach Kräften der allgemeinen Nothilfe anwenden sollte. —o—

Kleine Rundschau.

ry. Unterarombach, 29. Sept. (Vom Postamt.) Schon viele Jahre erhält die Nachbargemeinde Oberarombach ihre sämtliche Postkassen durch einen Briefträger vom Postamt Unterarombach. Dieses System erfährt ab 3. Oktober eine Änderung. Die Gemeinde Oberarombach bekommt ab 3. Oktober ihre Post per Auto vom Postamt Bruchsal und lautet künftig die Aufschrift Oberarombach (Bruchsal Land). Der seitherige Hilfsstellen-Inhaber Kronenwirt Hermann Ernst behält auch weiterhin die Hilfsstelle und wird den Empfängern von Postsendungen die Post ausstellen. Die Sonntagszustellung fällt weg.

29. Sept. (Durch elektrischen Strom getrieben.) Der Obermonteur Knöbler, beim städtischen Elektrizitätswerk beschäftigt, handierte am Montag nachmittags an einem Drehwähler, von dem er annahm, daß er in Ordnung sei. Hierbei kam er einem spannungsführenden Teil zu nahe und mit einem leichten Bechlag sank er in die Knie. Da es sich um eine Spannung von 5000 Volt handelte und eine direkte Verührung stattgefunden hatte, war eine Rettung nicht mehr möglich.

29. Sept. (Tabaktrafikkassens.) Der Verband der badischen Tabakbauvereine beabsichtigt, auf unserer Gemarkung einen größeren Tabaktrafikkassens zu errichten. Gestern kamen die hiesigen Pfänsler zusammen, um gemeinsam den geeigneten Platz hierfür auszufinden. Es wurde beschlossen, den neuen Tabaktrafikkassens im Gemann „Märel“, am Mänsaana des Ortes, zu errichten. Das Grundstück ist Eigentum der Gemeinde.

29. Sept. (Die Dehnd-ernte), die in diesen Monat fiel, gestaltete sich außerordentlich beschwerlich. Durch die anhaltende Nässe konnte nicht einmal alles Getreide auf den Wiesen, auf denen es gemäht wurde, getrocknet werden. So man sich doch in vielen Fällen genötigt, das Getreide auf trockene Wiesen abzuführen und es dort zu dörren. Mit Maschinen konnte überhaupt nicht gearbeitet werden. Ein Zeichen der Zeit war die seitliche, auf dem Rathaus abgehaltene Jagdveranstaltung. Der Anschlag betrug für die 2 Vögel 1300 bzw. 2500 M. Geboten wurden 700 bzw. 800 M. Der Zuschlag wurde nicht erteilt.

Die täglichen Auto- und Motorradunfälle.

29. Sept. Auf der Landstraße Breiten-Bauschlott kam ein von einer Frau gesteuertes, mit Bauholz beladener Lieferwagen aus Vordh hinter der Bahnhöhle zum Halten und setzte sich auf der abfallenden Straße rückwärts in Bewegung. Das Fahrzeug stieß mit voller Wucht auf den Bahndamm und schlug um. Zwei Mitfahrer konnten sich durch Abspringen retten, während zwei andere schwer verletzt wurden. Die Führerin kam mit dem Schrecken davon. Bei Weiental stieß ein Motorradfahrer mit seinem Motorrad mit einem Motorrad zusammen. Der Zusammenprall war so stark, daß die Fahrer im hohen Bogen von den Mädeln geschleudert wurden. Eine Frau, die im Weigen lag, erlitt erhebliche Verletzungen. — Vor Mingsheim fuhr der Monteur Friedrich Zimmermann auf der Landstraße nach Bruchsal mit seinem Motorrad in voller Fahrt gegen eine Telegrafenhöhle, wobei er einen Beinbruch davontrug.

29. Sept. Auf der Heimfahrt von der Arbeit stieß mit dem Motorrad wurde der in den 40er Jahren stehende Steinbrucharbeiter Peter Guggen aus Korleishütte zwischen Redarhausen und Redarshaus von einem entgegenkommenden Personenauto in rasender Fahrt angefahren und so schwer verletzt, daß er starb. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder. Auch die Autofahrer trugen schwere Verletzungen davon. Das schwer beschädigte Auto mußte abgeschleppt werden.

29. Sept. Ein 24jähriger Motorradfahrer von hier der sich mit seinem Motorrad auf der Heimfahrt von seiner Arbeitsstelle befand, verunfallte im Stadteil Lützenberg in Manheim sehr schwer. Mit einem doppelten Schädelbruch mußte er ins Krankenhaus verbracht werden.

Der Raubverfall auf einen Kioskinhaber.

11. Frankfurt, 29. Sept. Der auffällige erregende Raubverfall auf ein Verkaufsbüchlein in der Nähe des Heuböfener Waldes in einer Aprilnacht dieses Jahres, bei dem der Inhaber durch verbrecherische Brandstiftung des Täters beinahe ums Leben gekommen wäre, fand am Montag seine gerichtliche Sühne. Der Angeklagte ist der 32 Jahre alte verheiratete Zauner Kurt Heinrich Wittenmann, ein geborener Rheinländer, wohnhaft in Waldsee. Wittenmann ist wegen Diebstahls und anderer Verbrechen schon erkrankt, sogar mit Buchstaben vorbestraft. Wittenmann ostend feinerzeit die Tat ein, stellte aber die Täterschaft des Kioskinhabers durch Anklagen einer Witwe in Abrede. Auch in der Gerichtsverhandlung blieb er bei dieser Aussage. Der Angeklagte fand aber keinen Glauben bei dem Gerichtsamt und erhielt eine Strafe von 10 Jahren, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, von insgesamt acht Jahren abzüglich, wobei einer Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre.

Bier Einbrüche in einer Nacht.

29. Sept. (bei Weibheim), 29. Sept. Eine verwegene Einbrecherbande suchte in der Nacht auf Sonntag Seinfeld heim. Die fünfköpfige Bande verübte innerhalb weniger Stunden vier Einbrüche, von denen jedoch zwei ohne Erfolg blieben. In den beiden anderen Fällen erbeuteten die Einbrecher einen Gelbbetrag von 50 Mark und einen Ehering. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

29. Sept. (Die hiesige Freiwillige Feuerwehr) hielt die letzte Woche ihre Spezialproben ab und am Samstag die Hauptprobe. Das Thema der Übung lautete: Erroderung der neuen Gemeindegemeinschaft in Dienste der Feuerbekämpfung. Die 2. Kompanie unter Leitung des Hauptmanns Franz Geiges erbrachte im Wettstreit des Kommandanten der ganzen Wehr E. Kern den Beweis, daß es mit Hilfe der gesamten Schlauchleitung und zweier Feuerlöcher möglich ist, viele einzeln stehende Häuser und Gehöfte von dem Hydranten der Talhöhe aus mit Wasser im Brandfall zu betreten. Die erste Kompanie unter Führung von Hauptmann Otto Baumann löste ihre ähnliche Aufgabe in der Nebenbach mit Erfolg. Die Schlauchleitung der Wehr in Bezug auf Mannkraft u. Geräte wurde hiermit bewiesen.

29. Sept. (Brandsstiftung?) Nachdem erst vor acht Tagen ein hiesiges größeres Bauerngehöft vor einem größeren Brandstich bewahrt werden konnte, fiel dieses in der Montag-Nacht vermutlich einer Brandstiftung vollständig zum Opfer.

29. Sept. (Schulbüchse der Feuerwehr.) Gestern abend hielt die Freiwillige Feuerwehr ihre Haupt- und Schlussübung ab. Dazu war Bezirksfeuerlöschinspektor Baumstark mit noch einigen Offizieren der Offenburger Feuerwehr erschienen. Die Besichtigung der Wehr, der Gerätschaften und des Feuerhauses fiel zur vollen Zufriedenheit aus. Eine daran anschließende Feuerübungsübung am Hause des Herrn Huber in der Hauptstraße zeigte die Feuerweh von ihrer besten Seite. In der darauffolgende Besichtigung im Saale des „Schwarzen Aker“ sprach sich auch der Bezirksfeuerlöschinspektor in sehr günstiger Weise über die Gerätschaften, wie auch über die Übung aus. Vor allem sprach er ein Wort des Lobes über den ordnungsmäßigen Aufbau des Feuerhauses, wie auch über den vorzüglichen Zustand der Gerätschaften. Die Kapelle des Musikvereins spielte ihre Weisen und recht lange blieb man im angenehmen Kreise beisammen.

29. Sept. (Bei der Arbeit schwer verunglückt) ist der 20jährige Mehaerburische Franz Gasmann aus Schaden (bei Waldsied) dadurch, daß ihm beim Ausbeinen des Messer ausfallen. Das Messer drang bis zum Deck in den Unterleib und verletzte die Schilddrüse. In der Verunfallung starben Winterkluft erlitt. Trotz der Schwere der Verletzung ist sein Befinden zufriedenstellend.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Notgemeinschaft am Werk

Erste Vorfrage.

Die Vorarbeiten für die Wiedereröffnung der im Vorjahr so erfolgreich gewirkten Karlsruher Notgemeinschaft sind in vollem Gange. Anmeldungen von Bedürftigen können bei den Anmeldestellen jedoch erst entgegengenommen werden, wenn hierzu in den Tageszeitungen aufgeföhrt worden ist. Spenden können dagegen jetzt schon auf Postkonto 21100 der Karlsruher Notgemeinschaft eingezahlt werden. Der allgemeine Aufruf an die Bevölkerung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der kommende Winter wird der schwerste sein seit Kriegsende. Noch immer läßt die Kriege das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, dunkler denn je lagern die Schatten bitterster Not über Stadt und Land. Zwar ist es, dank des tatkräftigen Eingreifens des Reiches, gelungen, unter Aufbietung aller Kräfte eine drohende wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe zu verhüten. Der Wendepunkt zum neuen Aufstiege konnte jedoch noch nicht erreicht werden.

Frühzeitig hat darum auch, nach einer leidigen Entspannung in den Sommermonaten, die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder eingesetzt. Bereits im Juli wuchs das Heer der Arbeitslosen wieder an. Heute erreicht es einen Stand von 4,8 Millionen, das sind etwa 1,8 Millionen mehr als im Vorjahre und rund 3 Millionen mehr als im Jahre 1929. Wie weit diese Armee der Opfer der Kriege im Winter steigen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Sicher ist nur: sie wird größer sein als im vorigen Winter, sie wird die damalige Höchstgrenze von 5 Millionen gewiß überschreiten. Und was besonders schwer wiegt, das ist die große Zahl der langfristigen Erwerbslosen. Wie viele, die bereits im vorigen Winter ohne Arbeit waren, sehen auch dem kommenden Winter entgegen ohne geregelte Beschäftigung und Verdienst.

Arbeitslosigkeit ist daher heute nicht nur eine Angelegenheit der betroffenen Schichten, sie ist zur Schicksalsfrage von Staat und Volk geworden. Der Massennot zu wehren, zu verhindern, daß aus ihr eine Massenverweigerung erwächst — das ist für den kommenden Winter die vornehmste Pflicht des ganzen Volkes. Keiner darf zurückweichen, keiner an der Abwehrfront fehlen. Jeder, der heute Arbeit und Verdienst hat, muß helfen, soweit es nur in seiner Kraft steht.

Es geht nicht an, sich angesichts des Massenelends lediglich auf das Wirken der öffentlichen Hand zu verlassen. Gewiß werden die öffentlichen Körperschaften alle verfügbaren Mittel ansetzen, um die Not zu lindern. Darüber hinaus ist aber die freigelebene Hilfe aller Volksschichten notwendig, notwendig denn je. Es ist daher eine Tat von wahrhaft nationaler Bedeutung, daß die Verbände der freien Wohlfahrtspflege eine großzügige Hilfsaktion, die „Winterhilfe“, eingeleitet haben. Sammlungen von Geld, von Lebensmitteln, Kleibern, Wäsche, Heizmaterial sollen im ganzen Reichsgebiet durchgeführt werden. Dabei wird keineswegs schematisch und zentral vorgegangen. Die einzelnen Landes- und Provinzialstellen der freien Wohlfahrtspflege können nach ihren bewährten Methoden arbeiten; was im Land oder in der Provinz gesammelt wird, soll auch dort bleiben. Darüber hinaus wird jedoch darauf Bedacht genommen, einen Ausgleich zugunsten besonderer Notgebiete zu schaffen. Die Reichshilfe wird alle Güter, die zur Vinderung der unmittelbaren Not verwendet werden, sprachlos befördern. Auch die Reichswehr hat ihre Mittelhilfe zugeeignet. Reichspräsident und Reichsregierung haben schließlich die ganze Aktion kürzlich durch einen nachherigen Appell an das ganze Volk unterstützt.

Von diesem Hilfsmerk darf sich keiner ausschließen. Die Hilfe soll die große Not lindern, aber sie soll auch neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt.

Mittwoch-Nachmittagskonzert im Stadgarten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß am Mittwoch nachmittags, von 15^{1/2}—18 Uhr, im Stadgarten ein Nachmittagskonzert stattfindet, auszuführen vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Musikdirektors Emil Ferrana. Die Eintrittspreise sind für dieses Nachmittagskonzert vermindert.

Abbrucharbeiten am Alten Bahnhof.

Die Seitenflügel verschwinden. Die Arbeiten für die Neugestaltung des alten Bahnhofplatzes schreiten rüstig vorwärts. Auf dem Gelände hinter dem Aufnahmegebäude sind schon seit einiger Zeit die alten Seitenflügel weggeräumt, wodurch der Weg frei geworden ist für die Weiterführung der Marienstrasse. Die nächste Aufgabe war das Abbrechen des östlichen Seitenflügels des alten Bahnhofgebäudes, der wie auch das westliche Gebäudeteil an dieser Erweiterung des ursprünglichen Gebäudes an dieses angebaut wurde. Mit dem Abbruch des Flügels, in dem früher der füllige Wartesaal, der nur bei seltenen Anlässen benutzt wurde, untergebracht war, wurde nun dieser Tag begonnen. Auch der westliche Anbau wird voraussichtlich befristet werden, obwohl dies nicht so unbedingt notwendig wäre, da das Projekt die Fortführung der Wilhelmstraße in schräger Richtung an den geplanten Einlinienplan vorsieht. Wie wir bereits mitgeteilt haben, wird der Mittelbau des Bahnhofes erhalten bleiben und

zu Büro- und Marktwecken benutzt werden. Mit der Durchführung dieser Arbeiten vertritt die Stadtverwaltung endlich die schon lange geäußerten Wünsche der Südstadt nach einer besseren Verbindung mit der Altstadt, die durch die Schranken und die Schienenfränge bisher so behindert war. Die gegenwärtigen

Notwege sind ja wohl ein Fortschritt, aber bei schlechter Witterung nahezu unpassierbar, so daß dringend zu wünschen ist, daß die „Durchbruchstraßen“ wenigstens einigermaßen vor Anbruch der Winterzeit hergestellt werden, zumal bei diesen Arbeiten auch Erwerbslose in größerer Zahl beschäftigt werden können.

Karlsruher Schöffengericht.

Gefängnis für Nationalsozialisten wegen Landfriedensbruchs.

Wegen Landfriedensbruchs standen am Dienstag vor dem Schöffengericht der 28 Jahre alte, vorbestrafte Schleifer Karl Walter, der 38 Jahre alte Blechner Friedrich Müller, der 20 Jahre alte ledige Albert Bauer, der 17 Jahre alte Gipser Julius Scherbach, der 19 Jahre alte Schlosser Karl Armbrust, sämtliche aus Durlach und der 18 Jahre alte Heinrich Kiefer aus Karlsruhe.

Die Angeklagten haben am Abend des 15. Juli in Kleinsteinbach bei der Rückkehr von einer nationalsozialistischen Tagung in Forzheim mit einer großen Anzahl Parteigenossen das Haus des kommunistischen Bürgermeisters Kraus mit Holzstücken und Steinen beworfen und dabei Fenster zertrümmert. Der Bürgermeister erlitt eine Kopfverletzung durch ein Lattenstück. Die Angeklagten sind dann gegen das in der Nähe gelegene kommunistische Turnerheim vorgegangen, wo sie die Wirtschaftseinrichtung zertrümmerten.

Der Angeklagte Walter nahm den Kommunisten eine rote Fahne weg. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurde der Schwiegersohn des Bürgermeisters, sowie der Kantiner des Turnerheims verletzt. Bei der Durchsicht von Kleinsteinbach waren die Nationalsozialisten, die in der Stärke von mehreren Hundert Mann auf sechs bis sieben Lastkraftwagen die Ortsgasse passierten, von Kommunisten, unter denen sich der Bürgermeister befand, durch „Heil-Moskau“-Rufe und Winken mit einer roten Fahne provoziert worden. Nach dem Ergebnis der umfangreichen Gemeindefestnahme, in der 14 Jengen gehört wurden, gelangte das Gericht zu der Überzeugung, daß sich sämtliche Angeklagte mit Ausnahme des Friedrich Müller des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Das Gericht verurteilte Walter zu 3^{1/2} Monaten und Bauer, Armbrust und Kiefer zu je drei Monaten Gefängnis und den 17jährigen Scherbach zu sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte Friedrich Müller wurde freigesprochen.

Die Not des Milchhandels.

Generalversammlung der Milchhändlervereinigung Karlsruhe.

Die Milchhändler-Vereinigung Karlsruhe e. G. m. b. H. hielt am vergangenen Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Der Zweck der Versammlung war in der Hauptsache die Auflösung der Genossenschaft. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden, Herrn Schlenker, war zu entnehmen, daß ein Weiterbestehen als solche ungewinnbar sei und in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein entsprechender Gewinn auch bei größerer finanzieller Beteiligung nicht zu erzielen und auch nicht anzustreben sei. Einer auf organisierten Milchhändlervereinigung wurde auch als Folge der Vereinigung von der Stadt insofern Rechnung getragen, als sich die Wünsche der Händler mit den Forderungen der Konsumenten deckten. So laute auch weiterhin das Forderungswort des „Milchhändler-Zentralvereins“ (wie die neue Organisation sich nennt) „Mit der Stadt. Milchzentrale für die Konsumenten“. Von der Zentrale werden die Wünsche der Händler erfüllt auf Bezug von täglich frischer feinfreier tiefgekühlter Milch, welche in Originalpackungen mit vollem Maß geliefert werde. Ebenfalls würden den Händlern die gleichen Rechte und Vorteile zugesichert, wie sie die Mitglieder bei der Lauterbergzentrale genießen. Die Organisation habe den Zweck und die Kraft, auch solche zu erkämpfen. Sie ist weiterhin bestrebt, mit der Stadt eine weitere Vereinbarung der Milch zu erreichen.

Dem ausführlichen Referat folgte eine lebhafte Diskussion, in welcher die Not des Karlsruher Milchhandels klar beleuchtet wurde. So macht ein Händler nach dem anderen Vorwürfe über verkannt noch rechtzeitig sein Geschäft. Um 11 Uhr und 30 Minuten gegen voriges Jahr um 30 Prozent gesunken, was in erster Linie auf die allgemeine Geldknappheit zweitens auf das Ueberhandnehmen der Händler zurückzuführen ist. Letzteres ist für die Händler, für die Zentralen und für das Publikum nur von Schaden und wäre von der zuständigen Stelle der Konzeptionsabteilung etwas Einhalt zu gebieten.

Es wurde ebenfalls hervorgehoben, daß von dem Handel verlangt wird nur Milch von der Zentrale zu beziehen, weshalb von der Zentrale auch der „patentfreie Milch“ mehr Rang und Achtung beim Publikum gegenüber verdrängt werden soll. Da vom Handel „tägliche Barzahlung“ verlangt wird, muß an die Kundenschaft das gleiche Verhalten gestellt werden. Ueber eine Sonntagsruhe im Milchhandel während der Wintermonate wird sich das Bezirksamt (Polizeidirektion) mit dem Handel in Verbindung setzen.

Die Versammlung hinterließ einen guten Eindruck. Als Vorsitzender wurde Herr E. Schneider-Landau einstimmig gewählt. Der bisherige ältere Vorsitzende erhielt den Ehrenstit.

Jubiläen bei der Kriminalpolizei.

Am 1. Oktober d. J. können die Kriminalkommissare Georg Guder u. Jakob Flor, sowie Kriminalsekretär Josef Frey, die am 1. Oktober 1906 bei der badischen Staatspolizei eingetreten sind, ihr 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß fand im Vereinslokal des Verbandes der Polizeibeamten Wadens, Ortsgruppe Karlsruhe, in der Alten Brauerei-Kammer eine der Notzeit entsprechend in schlichtem Rahmen gehaltene Jubiläumfeier statt. Die Jubilare wurden von ihren Berufskollegen mit Aufmerksamkeit bedacht; auch der Verband der badischen Polizeibeamten ließ ein Geschenk überreichen. Bei der Feier war die Verbandsleitung, sowie die Ortsgruppenleitung vertreten; auch Oberinspektor Heiß als Dienstvorgesetzter war erschienen. Die Feier war getragen von dem Geiste der Kameradschaft; von berufener Seite wurden die Verdienste der seit einem Vierteljahrhundert im Dienste der Kriminalpolizei stehenden Kollegen gewürdigt. Mit der Jubiläumfeier verbunden wurde die Feier des Abschieds von den Kriminalsekretären Adolf Bruder und Gustav Pfaff, die am 1. Oktober im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Polizei in Willingen, wohin sie auf eigenen Wunsch verlegt wurden, ihre Tätigkeit aufnehmen werden. Die Karlsruher Kriminalbeamtenschaft bedauert außerordentlich ihren Wegzug und scheidet von ihnen mit dem besten Wünschen für ihren neuen Wirkungskreis im Schwarzwald.

50jähriges Dienstjubiläum.

Am heutigen Tage feiert Fabrikdirektor August Sönnig aus Karlsruhe das seltene Fest der 50. Wiederkehr des Jahrestages seines Eintritts in die Firma Karlsruher Parfümerie- und Toilettefabrik F. Wolff & Sohn G. m. b. H. Karlsruhe.

Der Jubilär, der in diesen Tagen in voller Mithigkeit seinen 65. Geburtstag begehen konnte, war als Neffe des verstorbenen Mitgründers der Firma, Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. h. c.

Friedrich Wolff, als kaufmännischer Lehrling in die Firma eingetreten und nach Vollendung seiner kaufmännischen Ausbildung als Reisevertreter des Hauses F. Wolff & Sohn tätig. Im Jahre 1902 wurde er technischer Leiter der Parfümerie-Abteilungen und ist seit 1913 stellvertretender Geschäftsführer. Direktor Sönnig hat an dem Aufbau der Firma aus ihren kleinen Anfängen zu ihrer heutigen Weltgeltung dank seinem reichen Wissen und seinen wertvollen Betriebsführungen in Verbindung mit der ihm eigenen Fülle, ähnen Arbeit erfolgreich Anteil und erfreut sich bei der Angestellten- und Arbeiterenschaft seiner Firma durch sein konzilianter Wesen und soziales Verständnis hoher Achtung. Der Jubilär ist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Betriebskrankenkasse der Firma F. Wolff & Sohn seit langen Jahren in der Sozialpolitik tätig und wurde auch in eine Reihe von sozialpolitischen Ehrenämtern berufen. Wegen dem Jubilär, der nun nach 50jähriger Tätigkeit in der Firma F. Wolff & Sohn in den wohlverdienten Ruhestand übertritt, noch viele Jahre eines angenehmen Lebensabends bei bester Gesundheit und Frische beizubringen.

aus Beruf und Familie.

Doppeljubiläum. Am morgigen 1. Oktober kann Polizeihilfsleiter Johann A. H. beim Bezirksamt Karlsruhe, auf eine 25jährige Dienstzeit bei der Staatspolizei, zurückblicken. Am gleichen Tage kann der Jubilär mit seiner Gemahlin das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Ein seltener Fall, daß solche Begebenheiten auf einen Tag zusammenstreffen. Wir gratulieren und wünschen den Eheleuten viel Glück für ihren ferneren Lebensweg.

90 Jahre alt. In dem Heim der Stadtmittion „Grüner Hof“ hier feierte man am 25. d. Mts. den 90. Geburtstag von Frau Fräulein Dorn, einer Miltpensionärin. Am Morgen begrüßte die liebevolle Hausmutter mit ihren Angestellten das Geburtstagskind mit einem Ständchen. Die geistig frische Jubilarin durfte ihren Ehrentag, umgeben von schönen Blumen, gefund verbringen. Wir wünschen der Jubilarin noch recht gesegnete Jahre.

80 Jahre Diakonissenanstalt.

Die kirchliche Feier.

Am Montag, den 28. September, um 2 Uhr, fand in der vollbesetzten Stadtkirche die kirchliche Feier des 80. Jahrestages der Diakonissenanstalt statt. Eingeleitet wurde sie durch 2 Chorlieder des Schwesternchores. Das Eingangsgebet sprach Pfarrer W. D. die Festgemeinde begrüßte er mit dem apostolischen Gruß. Nach gemeinsamem Gebete verlas Pfarrer Kasper den Jahresbericht, an dessen Spitze er das Wort des Ps. Psalms anstellte: „Gott, man lobt dich in der Stille zu Zion und dir bezahlt man Gelübde“. Er führte aus, daß das Werk der Diakonien nicht im Zeichen des Abbaus, sondern im Zeichen des Aufbaus durch die Gnade Jesu Christi stehe. Allen Mitwirkenden, dem Verwaltungsrat, der Herzlichkeit und den Schwestern dankte er herzlich, so besonders auch dem ehemaligen Vorsitzenden und nunmehrigen Ehrenvorsitzenden, Prälat D. Schmittner. Sodann begrüßte er den neuen Vorsitzenden, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kiefer, und als neues Vorstandsmitglied Pfarrer Braun von hier, der an die Stelle des verstorbenen Landesbischofs Hofmann-Gröbigen getreten ist. Besonders eingehend wurde in dem Jahresbericht der Neubau und seine Vorsehichte behandelt. Ihn zu fördern haben sich die Schwestern bereit erklärt, ihren eigenen Lohn zur Verfügung zu stellen.

Die Festpredigt hielt Pfarrer Joest-Mannheim. Er sprach über die Geschichte vom Petrusbekenntnis bei Cäsarea-Philippi. Hinter allen Fragen des Neubaus steht als entscheidende Frage die nach unserer Stellungnahme zu Christus. In Welt und Stadt gibt es heute eine Verunsicherung um Christus und seine Werke. Darum müssen wir uns hindurchfragen bis zum letzten Grund des Werkes und des Glaubens bis zur Geheimnis Jesu Christi, das Geheimnis seiner Kirche und das der Diakonien ganz erfassen.

Hierauf folgte die Einsegnung von 24 neuen Schwestern. Zu ihnen gesellten sich 11 Jubilarinnen, von denen 10 auf eine 25jährige und 1 auf ein 30jähriges Jubiläum zurückblicken dürfen. Die Einsegnungsansprache hielt Pfarrer Brandl. Er sprach von der Größe und Herrlichkeit des Schwesternberufes, zu dem man von Gott berufen sein muß; in der Berufserfüllung aber ist es die Liebe Christi, die zum Dienst die Antriebskraft ist. Zur Einsegnung läuteten die Glocken. Mit Gebet und Segen schloß die kirchliche Feier.

Zur Nachfeier versammelten sich in überaus großer Zahl Gäste und Schwestern in der freundlichen Kapelle des Mutterhauses; sie konnte die vielen Festbesucher nicht fassen. Pfarrer Kasper begrüßte die Festgäste und teilte die einaufbauenden Segenswünsche mit; auch Großherzogin Silda hatte von Schloss Zwingenberg einen Gruß herzlichsten Gedankens gesandt. Kirchenrat Renner begrüßte im Namen der Karlsruher Kirchenvereine, insbesondere der Gemeinden, aus denen junge Schwestern stammen. Inspektor Krämer aus Durlach sprach als alter Verwandter des Hauses von frohlichem Dienst, von edelmütigem Ausbarren und von Treue im Gebet. Pfarrer Hannich überbrachte als Vorstand der jüngsten Diakonissenstation die Dankesgrüße seiner Gemeindeglieder und rief zum Glauben auf, der alle Schwierigkeiten überwindet. In freudigen Gesängen ließ die Gemeinde auf die Neben ihr Echo erklingen. Stadtmittion Müller Haupt sprach das Abendgebet.

Die Ansprüche der Kriegsbeschädigten.

Das Reichsverwaltungsgericht soll über Umfang der durch Notverordnung erfolgten Einschränkung des Klagerrechts der Kriegsbeschädigten entscheiden.

Die Notverordnung vom 5. 8. 1931 hat unter anderem die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Versorgungsgerichte stark eingeschränkt. Während bisher die Kriegsbeschädigten in jedem Falle der Ablehnung höherer Rentenansprüche das Versorgungsgericht in Anspruch nehmen konnten, steht nunmehr die Notverordnung eine zweiwöchige Sperrfrist für die Inanspruchnahme der Versorgungsgerichte vor. Die Rentenempfänger haben zwar noch wie vor die Möglichkeit, bei eintretender Verschlimmerung ihres Rentenlebens höhere Versorgungsgebühren beim Versorgungsamt zu beantragen; kommt jedoch das Versorgungsamt zur Ablehnung des Erhöhungsantrages, dann prüft es, ob in den

DAS GELD MUSS ROLLEN!

Es ist heute bestimmt keine Kleinigkeit, mit dem Verdienste auszukommen. Es ist aber noch schwerer, für Lohn und Gehalt vieler Arbeiter und Angestellten zu sorgen. Kauf deshalb in den Geschäften, die im Karlsruher Tagblatt inserieren.

IHR ERHALTET EUCH SELBST!

Völkerverbund für Rüstungsstillstand.

Die Schlußsitzung der Völkerverbundversammlung.

Genf, 29. Sept.

In der Schlußsitzung der diesjährigen Völkerverbundversammlung wurde einstimmig eine Entschließung über den Rüstungsstillstand angenommen, in der es u. a. heißt:

Die Völkerverbundversammlung ist der Überzeugung, daß eine Wiederholung des Weltkriegs unvorstellbar zu einer internationalen und sozialen Katastrophe führen würde und mündet sich dabei feierlich an alle, die die Grundzüge des Friedens und der Gerechtigkeit durchzuführen wollen. Jetzt müssen alle Anstrengungen auf die Schaffung einer öffentlichen Meinung gerichtet werden, die stark genug sein muß, auf der Abrüstungskonferenz positive Ergebnisse herbeizuführen, die besonders in der Verabsicherung der Rüstungen liegen. Die Völkerverbundversammlung glaubt, daß eine Verpflichtung aller Staaten, ihre Rüstungen nicht weiter zu erhöhen, einen günstigen Anstoß für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bedeuten würde. Aus diesem Grunde ermahnt die Völkerverbundversammlung die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen, diese Konferenz durch einen Stillstand der Rüstungen vorzubereiten. Die geladenen Regierungen sollen ihren festen Willen, den Frieden zu organisieren und auf der Konferenz zu positiven Ergebnissen zu gelangen, dadurch beweisen, daß sie sich nicht mehr jeglicher Maßnahmen enthalten, die zu einer Erhöhung ihrer Rüstungen führen könnten. Der Völkerverbundrat wird daher aufgefordert, die Regierungen zu einer Erklärung bis zum 1. November 1931 zu veranlassen, dahingehend, ob sie bereit sind, von diesem Zeitpunkt für die Dauer eines Jahres einen vorläufigen Waffenstillstand der Rüstungen anzunehmen.

Man sieht allgemein in der jetzt geschlossenen Rüstungsstillstandsverpflichtung einen gewissen Fortschritt, da nunmehr die 54 Mitgliedstaaten des Völkerverbundes einheitlich den Gedanken des Rüstungsstillstandes für die Dauer eines Jahres vom 1. November ab angenommen haben und somit eine Befreiung der Abrüstungskonferenz mit dieser Frage nicht mehr stattfindet. Die deutsche Regierung hat in diesen Verhandlungen den Standpunkt vertreten, daß sie ihrerseits bereits die jetzt geschlossene Verpflichtung erfüllt hat und nunmehr auch von sämtlichen anderen Staaten die Einhaltung der Rüstungsstillstandsverpflichtung verlangen muß.

Im weiteren Verlauf beschloß die Völkerverbundversammlung, den Haushalt des Völkerverbundes von ursprünglich 36 Millionen Goldfranken auf 33,6 Millionen herabzusetzen. Die beantragte Erhöhung der Ausgaben für das Völkerverbundpalais von 28 auf 36 Millionen Franken wurde abgelehnt.

Am Schluß der Aussprache gab Verrour eine Erklärung über den gegenwärtigen Stand der Verhandlung des Fernöstlichen Konfliktes vor dem Völkerverbundrat ab. Verrour erklärte, er sei überzeugt, daß die japanische Regierung die vom Rat geforderten Maßnahmen zur Zurückziehung der Truppen unverzüglich ergreifen werde und daß damit dieser den Frieden der Welt bedrohende Konflikt beigelegt werden würde. Der Völkerverbundrat werde seine Bemühungen zur endgültigen Beilegung des Konfliktes fortsetzen.

Mit einer Schlußansprache des Präsidenten der Völkerverbundversammlung, Titulescu, wurde dann die diesjährige 12. ordentliche Völkerverbundversammlung des Völkerverbundes für geschlossen erklärt.

Vor dem Sklarek-Prozess.

Beginn endgültig am 13. Oktober.

G.R. Berlin, 29. Sept.

Am 13. Oktober wird nunmehr endgültig vor einer Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Lehner der Sklarek-Prozess beginnen. Die Staatsanwaltschaft wird in dem Prozeß durch Rechtsanwalt Freiherr von Steinacker, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisenberg und Assessor Jaeger vertreten sein.

Die Anklage

lautet gegen die Brüder Max Leo und Willi Sklarek, die beschuldigt werden, die Stadt Berlin durch betrügerische Manipulationen um etwa 10 Millionen Mark betrogen zu haben, auf gemeinschaftlichen fortgesetzten Betrug, teilweise in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung; Betrug zum Schaden der Dresdener Bank, der Odbank, eines Teils ihrer Lieferanten, der Berliner Ankaufsgesellschaft, die um 200 000 Mark geschädigt ist, und der Stadt Berlin; ferner fortgesetztes Konfuzieren, übermäßige Aufwandsverschwendung, gemeinschaftliche fortgesetzte aktive Bestechung in neun Fällen und auf gemeinschaftliche schwere aktive Bestechung in drei weiteren Fällen.

Die Sklarek-Buchhalter Friedrich Lehmann und Siebert Fuch werden sich wegen fortgesetzter Beihilfe zum Betrage in vier Fällen,

Lehmann außerdem wegen fortgesetzter Beihilfe zum Betrage und der schweren Urkundenfälschung zum Schaden der Stadtbank zu verantworten haben. Auf der Anklagebank befinden sich außerdem die beiden Berliner Stadtbank-Direktoren, Franz Schmitt und Emil Hoffmann, der Bürgermeister Köhl, der Stadtamtsrat Sokolowski, die beiden früheren kommunalpolitischen Stadträte Gabel und Decker, der frühere sozialdemokratische Bürgermeister Fris Schneider und der Diplomat Kaufmann Ludina. Sie werden der fortgesetzten passiven Bestechung beschuldigt. Bürgermeister Köhl außerdem der fortgesetzten Beihilfe für Untreue. Sokolowski hat sich außerdem noch wegen fortgesetzter Untreue und Gabel wegen fortgesetzter Beihilfe zum Betrage zu verantworten.

Am Montag fand eine Besprechung des Gerichtsvorstandes mit den Verteidigern und den Sitzungsvertretern der Staatsanwaltschaft statt. Amtsgerichtsrat Dr. Lehner legte den Verhandlungsplan vor. Alle Vorgänge sollen nur einmal, dann aber auch ershöpfend erörtert werden, damit trotz der Kompliziertheit der Materie die Uebersicht über den Prozeßstoff nicht verloren geht. Der Vorsitzende hofft, den Sklarek-Prozess bis zur Jahreswende zu Ende zu führen.

Die Schwalben im Flugzeug.

Dieser Tage wurden, wie wir gestern berichteten, Zugvögel, vor allem Schwalben, die infolge des Wettersturzes überall in den Voralpen ermattet zurückgeblieben waren, in Flugzeugen nach Oberitalien befördert und dort zum Weiterfluge freigelassen. Der Flugkapitän

bretter und flatterten lustig in der kleinen Kabine herum, deren Fenster geschlossen waren. In Körnern fiel die Temperatur unter 0 Grad, so daß wir einen Umweg über jugoslawisches Gebiet, wo es wärmer war, machen mußten. Die Tiere hatten sofort die Klimaveränderung. Sie



Die Kästen mit den Schwalben werden auf dem Flugplatz Aspern bei Wien in ein Flugzeug verladen.

Mandl von der Oesterreichischen Luftverkehrsgesellschaft, der den ersten Schwalbentransport von Wien nach Benedig geleitet hat erzählte in einer Unterredung:

Die Tiere hielten sich in ihren Kästen außerordentlich wohl und hatten bald heraus, daß die Kabine, in der sie sich befanden, geheizt war. Sie wagten, erst zaghaft, dann immer mutiger, ihre Köpfe aus den Luftlöchern der Behälter herauszuführen, ja einzelne wagten ihre ganzen Körper durch die Zwischenräume der Kästen

begannen lebhaft mit den Flügeln zu schlagen, versuchten sich zu befreien und stießen mit ihren Köpfen immer wieder gegen die Kästendeckel. Als die Kästen in Benedig geöffnet wurden, flog der größere Teil der Schwalben sofort auf, einige blieben aber hilflos auf dem Boden liegen, weil sie sich in ihrem Drang nach Freiheit an den Kästendeckel die Köpfe angeschlossen hatten. Nach wurden sie an die Sonne gesetzt, wo sie sich langsam erholt und bald gegen Süden fortzogen.

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931

Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 (RGBl. I S. 493) wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die

4 1/2 % ige steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931

zum Nennwert angeboten.

Die Anleihe wird in Stücken von GM 100, 500, 1000 und 5000 ausgefertigt. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 1/1000 kg Feingold. Dieser Gegenwert wird bei den Zinszahlungen und der Einlösung der verosteten Stücke errechnet unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises des 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats. Die Umrechnung in die deutsche Währung erfolgt zum Mittelkurs der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London des gleichen Tages. Falls an dem 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats kein Londoner Goldpreis veröffentlicht wird oder eine amtliche Berliner Notiz für Auszahlung London an diesem Tage nicht stattfindet, sind die Kurse desjenigen Tages maßgeblich, an welchem zuletzt vorher der Londoner Goldpreis und die amtliche Berliner Notiz festgestellt worden sind. Ergibt sich aus der Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als RM 2820 und nicht weniger als RM 2760, so ist für jede geschuldete Goldmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen. Die Stücke laufen sämtlich auf den Inhaber.

Die Anleihe wird vom 1. Oktober 1931 ab mit jährlich 4 1/2 v. H. verzinst. Die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis Ende September 1932 werden am 1. Oktober 1932 gezahlt. Die weiteren Zinsen werden halbjährlich am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres fällig. Vom Jahre 1937 ab wird die Anleihe in gleichen jährlichen Teilen bis zum Jahre 1941 durch Auslösung zum Nennwert oder durch Rückkauf getilgt.

Falls Verlosungen erforderlich werden, sollen sie im Monat Juli jedes Jahres, erstmalig im Juli 1937, stattfinden. Die gezogenen Nummern, sowie der Betrag der auf die jährliche Tilgung anzurechnenden zurückgelassenen Schuldverschreibungen werden im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und in dem amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft „Die Reichsbahn“ bekanntgemacht. Die ausgelosten Anleihestücke (Schuldverschreibungen) werden von dem auf die Auslösung folgenden 1. Oktober an zum Nennwert eingelöst, also erstmalig vom 1. Oktober 1937, letztmalig vom 1. Oktober 1941 an.

Die unten genannten Stellen nehmen Zeichnungen während der üblichen Geschäftsstunden in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1931 entgegen.

Vorzeltiger Schluß nach dem 15. Oktober 1931 bleibt vorbehalten. Wer Steueramnestie durch Erwerb dieser Anleihe erlangen will, muß die Anleihe bis zum 15. Oktober 1931 in der aus der zweiten Steueramnestieverordnung vom 19. September 1931 sich ergebend anzurechnenden zurückgelassenen Schuldverschreibungen werden im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und in dem amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft „Die Reichsbahn“ bekanntgemacht. Die ausgelosten Anleihestücke (Schuldverschreibungen) werden von dem auf die Auslösung folgenden 1. Oktober an zum Nennwert eingelöst, also erstmalig vom 1. Oktober 1937, letztmalig vom 1. Oktober 1941 an.

Die unten genannten Stellen nehmen Zeichnungen während der üblichen Geschäftsstunden in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1931 entgegen.

Wer Steueramnestie durch Erwerb dieser Anleihe erlangen will, muß die Anleihe bis zum 15. Oktober 1931 in der aus der zweiten Steueramnestieverordnung vom 19. September 1931 sich ergebend anzurechnenden zurückgelassenen Schuldverschreibungen werden im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger und in dem amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft „Die Reichsbahn“ bekanntgemacht. Die ausgelosten Anleihestücke (Schuldverschreibungen) werden von dem auf die Auslösung folgenden 1. Oktober an zum Nennwert eingelöst, also erstmalig vom 1. Oktober 1937, letztmalig vom 1. Oktober 1941 an.

Die Zahlungen sind bei denjenigen Stellen zu leisten, die die Zeichnungen entgegengenommen haben. Die gezeichneten Beträge gelten als voll zugeteilt. Auf die gezeichneten Beträge sind bei der Zeichnung als erste Rate 10 % des Nennwerts zu zahlen. Hierbei werden keine Stückzinsen berechnet, wenn die Rate bis zum 15. Oktober 1931 (einschließlich) gezahlt wird. Am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1932 sind als weitere Raten je 30 % des Nennwerts zuzüglich Stückzinsen vom 1. Oktober 1931 (einschließlich) ab zu zahlen. Bleibt ein Erwerber mit einer Ratenzahlung im Rückstand, so ist die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft berechtigt, in Höhe der gezahlten Beträge Stücke zuzuteilen. Größere Teilzahlungen vor den genannten Terminen und jederzeitige Vollzahlung sind zulässig. Für alle Zahlungen bis zum 15. Oktober 1931 einschließlich werden keine Stückzinsen und bei allen übrigen Zahlungen Stückzinsen vom 1. Oktober 1931 einschließlich bis zum Tage der Einzahlung bei der Zeichnungsstelle berechnet. Bei allen Teilzahlungen werden nur durch 100 teilbare Nennbeträge abgerechnet.

Ueber die geleisteten Einzahlungen werden von jeder Zeichnungsstelle nicht übertragbare Quittungen ausgestellt, auf denen alle Ratenzahlungen vermerkt werden. Gegen Rückgabe der Quittungen anhängenden Empfangsbestätigung werden später die Stücke von den Zeichnungsstellen ausgeben.

Gemäß der erwähnten Verordnung wird dem Zeichner nach vollständiger und rechtzeitiger Zahlung des Erwerbspreises der von ihm gezeichneten Reichsbahn-Anleihe von seiner Zeichnungsstelle eine Bescheinigung über den Anleiherwerb ausgestellt.

Die Zinsscheine und die verlosteten Stücke werden von der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin und von den größeren Kassen der Reichsbahndirektionen, von der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft Berlin, und ihren Zweigniederlassungen sowie von den außerdem durch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bekanntgegebenen Stellen eingelöst.

Für die Schuldverschreibungen und die Zinsscheine gelten die Vorschriften der §§ 796 bis 804 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit der Maßgabe, daß bei Verlust von Zinsscheinen der Anspruch aus § 804 Absatz 1 S. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen ist.

Die Anleihe ist auf Grund der erwähnten Verordnung befreit

1. hinsichtlich der Anleihebeträge von:
 - a) der Vermögenssteuer,
 - b) den Aufbringungsumlagen,
 - c) der Erbschaftsteuer (auch Schenkungssteuer), soweit es sich um Anleihebeträge handelt, die von Erblasser (Schenker) innerhalb der Zeichnungsfrist erworben worden sind; bei schenkungsteuerpflichtigen Erwerben jedoch, bei denen die Steuerpflicht vor dem 1. April 1937 entstanden ist, tritt die Befreiung nicht ein, wenn der Schenker die Reichsbahn-Anleihe zur Erlangung von Steueramnestie erworben hat,
 - d) der Gewerbesteuer,
 - e) der Kirchensteuer, soweit sie nach den Merkmalen des Vermögens bemessen wird,
2. hinsichtlich der Zinsen von:
 - a) der Einkommensteuer nebst Zuschlägen,
 - b) der Körperschaftsteuer,
 - c) der Kirchensteuer,
 - d) der Gewerbesteuer,
 - e) der Kirchensteuer, soweit sie nach den Merkmalen des Einkommens oder des Ertrags bemessen wird,
 - f) der Bürgersteuer

Soweit hiernach Steuerfreiheit besteht, ist der Eigentümer der Reichsbahn-Anleihe 1931 nicht verpflichtet, die Reichsbahn-Anleihe und die Zinsen hieraus in den Steuererklärungen anzugeben, ausser die Zinsen in den Steuererklärungen anzugeben.

Im übrigen wird auf die erwähnte Verordnung verwiesen.

Die Einführung der Anleihe an der Börse bleibt vorbehalten. Die Erklärung der Reichsbahn-Gesellschaft über die Reichsbahn-Anleihe durch den Reichsbahnrat wird beantragt werden.

Aus dem Erlös der Anleihe wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Arbeitsaufträge zusätzlicher Art vergeben.

Berlin, im September 1931.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft Hauptverwaltung

Der Generaldirektor
Dorpmüller

Zeichnungen werden angenommen

- a) bei denjenigen Reichsbahnkassen, die von den zuständigen Reichsbahndirektionen als Zeichnungsstellen bestimmt werden,
- b) bei allen Reichsbankanstalten
- c) bei den nachgenannten Banken in

Berlin: Reichsbank, Zeichnungs-Abteilung, Hausvogteiplatz 14. — Preussische Staatsbank (Seehandlung). — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. — Berliner Handels-Gesellschaft. — S. Bleichröder. — Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Delbrück Schickler & Co. — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. — Deutsche Girozentrale. — Deutsche Kreditbank. — Deutsche Landesbankzentrale A. G. — Deutsche Landbank Aktiengesellschaft. — Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft. — Dresdener Bank. — J. Dreyfus & Co. — Hardy & Co. — Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Mendelssohn & Co. — Preussische Zentralgenossenschaftskasse. — Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. — Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. — A. E. Wassermann. — Braunschweig. — Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt). — Bremen: J. F. Schröder Bank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Breslau: Eichhorn & Co. — E. Heimann. — Chemnitz: Bayer & Heinze. — Dessau: Anhalt-Dessauische Landesbank in Dessau. — Dresden: Gebr. Arnhold. — Sächsische Staatsbank. — Bondi & Maron. — Philipp Klimeyer. — S. Maltersdorf. — Düsseldorf: Barmer Bank-Verein Hünsherg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Hamburg: L. Behrens & Söhne. — Vereinsbank in Hamburg. — M. M. Warburg & Co. — Conrad Hinrich Donner. — Minchenmeyer & Co. — Schröder Gebrüder & Co. — Hannover: Ephraim Meyer & Sohn. — Heilbronn: Handels- und Gewerbank Heilbronn A. G. — Karlsruhe: Veit L. Homburger. — Straus & Co. — Badische Bank. — Köln: A. Levy. — Sal. Oppenheim jr. & Cie. — H. H. Stein. — Leipzig: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. — Hammer & Schmidt. — Lübeck: Commerzbank in Lübeck. — Magdeburg: Fleming & Co. — F. A. Neubauer. — Zwickau: Zwickauer Bank. — München: H. Aufhäuser. — Bayerische Hypothek- und Wechselbank. — Bayerische Staatsbank. — Bayerische Vereinsbank. — Merck Finck & Co. — Nürnberg: Anton Kohn. — Offenbach a. M.: S. Merzbach. — Oldenburg: Oldenburgische Landesbank. — Rostock: Rostocker Bank. — Schwerin: Mecklenburgische Depositen- und Wechselbank. — Stuttgart: Württembergische Notenbank. — Weimar: Thüringische Staatsbank. — Wuppertal-Elberfeld: von der Heydt-Kersten & Söhne.

sowie bei den deutschen Zweiganstalten obiger Firmen und den der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — u. der Deutschen Landesbankenzentrale A. G. angeschlossenen Girozentralen und Landesbanken.

Offizielle Zeichnungsstellen in Karlsruhe sind außer den obengenannten: Reichsbank. — Badische Kommunale Landesbank. — Girozentrale. — Oeffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt. Zweiganstalt Karlsruhe i. B. — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Karlsruhe (Baden). — Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft Filiale Karlsruhe. — Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Karlsruhe (Baden).

